:antifaschistische nachrichten Nr. 24

g 3336 29.11.2007 23. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

„Zug der Erinnerung“ startete

Großes Interesse an allen bisherigen Stationen

Frankfurt. Am 9. November startete auf Gleis 1a des Frankfurter Hauptbahnhofs der „Zug der Erinnerung“ zu einer 3000 Kilometer langen Fahrt durch die Städte der früheren Reichsbahn-Deportationen. Das ungewöhnliche Gedenken an die deportierten Kinder und Jugendlichen war mit einer bewegenden Zeremonie eröffnet worden, in deren Mittelpunkt zwei Überlebende des Massenmordes standen.

Einfahrt des „Zugs der Erinnerung“ in Frankfurt

Trude Simonsohn, die als 21-Jährige in das Ghetto Theresienstadt und dann in das KZ Auschwitz verschleppt wurde, erinnerte an die Ausgangsorte der Deportationen, bei denen es sich meist um Bahnhöfe handelte. Dass die Vernichtung, die dort ihren Anfang nahm, von den heutigen Wiedergängern der Nazis öffentlich geleugnet oder sogar gerechtfertigt werden kann, bezeichnete Frau Simonsohn als empörend.

Margot Kleinberger, die bei der Deportation aus Hannover 12 Jahre alt war und ebenfalls nach Theresienstadt verschleppt wurde, berichtete von den entwürdigenden Umständen der Haft, aus der fast keiner ihrer Schulkameraden zurückkehrte. Auch Frau Kleinberger beklagte das öffentliche Vergessen, in dem die Lebenszeugnisse der Deportierten unterzugehen drohen. Ihr Redebeitrag auf dem Frankfurter Hauptbahnhof wurde von Jugendlichen einer Hattersheimer Schule, den ersten Besuchern der fahrenden Ausstellung, mit großem Beifall bedacht.

Mitglieder des Vereins „Zug der Erinnerung“ führten Frau Simonsohn und Frau Kleinberger anschließend durch die Wagen, in denen Fotos und letzte Zeugnisse der deportierten Kinder zu sehen sind. Für die Schicksale der verschleppten Kinder und Jugendlichen interessierten sich TV- und Radiostationen aus Großbritannien, Griechenland, Polen sowie aus der Ukraine.

Begrüßung des Zugs in Mannheim

Obwohl der „Zug der Erinnerung“ in Frankfurt a.M. ohne städtische Unterstützung blieb und nur mit geringen Mitteln beworben werden konnte, war das spontane Echo bereits in den ersten Stunden eindrucksvoll: Das Interesse mehrerer Schülergruppen, die den Zug am Mainkai besuchten, konnte von den pädagogischen Zugbegleitern nur teilweise aufgefangen werden – wegen Überfüllung.

Mannheim: Eine Woche des Erinnern für die Zukunft

Es war eine Woche des Gedenkens an die Gräuel von Faschismus, Krieg und Völkermord: Erinnern an die Reichspogromnacht, an die Deportation Tausender Kinder mittels Reichsbahn, entmilitarisierter Volkstrauertag. Höhepunkt war zweifellos der Zug der Erinnerung. Nach Angaben der VeranstalterInnen drängten sich in den vier Tagen 3.000 Menschen durch den Ausstellungszug, darunter ca. 50 Schulklassen bzw. Jugendgruppen. Ein sehr breites Bündnis unter Führung des „AK Justiz und Geschichte des Nationalsozialismus in Mannheim“ und des DGB hatte den Aufenthalt des Zuges vorbereitet. Die Gemeinderatsparteien waren dabei, der AK Antifa, VVN-BdA, Jüdische Gemeinde, Landesverband der Sinti und Roma, Stadtarchiv, Stadtjugendring, der Betriebsrat von Roche Diagnostics, um nur einige Beispiele zu nennen. Die Bahn zeigte sich anders als gegenüber der von Beate Klarsfeld initiierten Ausstellung über 11.000 mit der Reichsbahn deportierte Kinder kooperativ. Der Oberbürgermeister begrüßte den Zug der Erinnerung an Bahnsteig 1 im Hauptbahnhof.

Die Einbeziehung junger Menschen ist ein Kennzeichen aller Veranstaltungen dieser Woche des Erinnerns: Eine Gruppe junger Mannheimer Sinti verliest beispielsweise die Namen der deportierten und meist auch ermordeten Kinder und Jugendlichen aus Roma- und Sinti-Familien.

Fortsetzung Seite 2

Inhalt:

Hans Mayer zum 100. 4
Bericht vom IMI-Kongress: Das Ausmaß der Militarisierung sichtbar machen 7

Im Rahmen der Gedenkstunde des AK Volkstrauertag in der Trauerhalle auf dem Hauptfriedhof berichten Schülerinnen des Elisabethgymnasiums szenisch über das vom Faschismus geprägte Leben dreier jüdischer Künstler aus Mannheim. Eine Schülerin trägt ein eigens gefertigtes Gedicht gegen den Krieg vor.

Für alle Veranstaltungen gilt, was der OB auf Bahnsteig 1 sagte: Es darf keinen Schlussstrich geben. Die Erinnerung an das menschenverachtende Nazisystem ist grundlegend für die Zukunftsgestaltung.

9. November 1938: Reichspogromnacht

In einer beeindruckenden Aktion gedachten ca. 150 Menschen am Wegweiser nach Gurs, einem der Deportationsorte Mannheimer Juden, der Reichspogromnacht. Die Namen der jüdischen und Sinti- Kinder, die aus Mannheim deportiert wurden, wurden verlesen. TeilnehmerInnen der Aktionen deponierten während der Namensverlesung Koffer mit den Lebens- daten vieler dieser Kinder am Gurs-Schild. Dieses Koffer-Denkmal blieb bis zur Abfahrt des Zuges der Erinnerung am 19.11. vor dem Hauptbahnhof stehen.

Kofferdenkmal

Zug der Erinnerung

Bei der Ankunft des Zuges der Erinnerung hält der DGBRegions-Vorsitzende Stefan Rebmann die Begrüßungsansprache, gefolgt von OB Peter Kurz und der Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde, Orna Marhöfer sowie Nicolas Alt, Vorsitzender des Stadtjugendrings. Abschließend sprach Sabrina Guttenberger für den Landesverband der Sinti und Roma. Sie stellte wichtige Fragen: „Um 8.42 Uhr ist der „Zug der Erinnerung“ auf Gleis 1 des Mannheimer Hauptbahnhofs angekommen. Er unterbricht heute für einen Moment, einen Augenblick lang das Räderwerk auf Gleis 1. Dieses Räderwerk, das als Metapher für erfolgreiche technische Funktionalität und Modernität gilt – als organisierte Effektivität – stoppen wir heute symbolisch durch unsere Anwesenheit: für eine halbe Stunde fahren hier keine Züge ab!

Warum hat damals vor fast 70 Jahren niemand gestreikt? Niemand unterbrach den Fahrplan. Hier wurden die Weichen für die Deportationen in die Vernichtungslager gestellt. Die Signale standen auf Abfahrt. Es gab keinen Widerspruch, kein Aufhalten und kein Innehalten… Damals sind die Deportationszüge pünktlich und ungehindert abgefahren! Die Menschen darin, die Alten, die Mütter, Väter und ihre Kinder sind nicht mehr zurückgekommen. Ihr Schicksal war von vornherein besiegelt. Es wird einem bewusst, wie kurz diese Leben waren, wenn man einen Blick auf die Koffer wirft, die am Gurs-Schild stehen.“

Entmilitarisierter Volkstrauertag 2007

In der Trauerhalle des Hauptfriedhofs begrüßt Karola Pelzer (DGB) die Anwesenden mit dem Hinweis, dass neue Kriege schon wieder neue Opfer kosten, und dass Kapitalinteressen es sind, um die es geht. Die Gedenkstunde stand unter Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters, der allerdings nicht persönlich anwesend war. Industriepfarrer Martin Huhn führte in seiner Ansprache zum gestellten Thema: „Neue Kriege, neue Opfer – Sterben wofür?“ unter anderem aus:

„Wer Menschen auf ihre ökonomische Nützlichkeit reduziert, ist im Begriff, ihnen ihr Leben und ihre Würde zu nehmen. Die neuen Kriege werden an vielen Stellen weltweit geführt und sie machen viele zu ihren Opfern. Und dort überall wird deutlich, wie weit die Welt davon entfernt ist, Konflikte mit zivilen Mitteln zu lösen. Unser Gedenken erfüllt erst dann seinen Sinn, wenn wir es als Aufforderung zum Handeln verstehen.

„Auf dem Wege der Gerechtigkeit ist Friede“ – so lehrt uns die Weisheit der hebräischen Bibel. Unser Einsatz für Gerechtigkeit ist ein Beitrag zum Frieden. Denn es gibt keinen Frieden, wo keine Gerechtigkeit ist. Und wer nach Gerechtigkeit sucht, muss auch nach Tätern fragen. Der „Zug der Erinnerung“ nennt Namen von Opfern und wenige Namen von Tätern. Sie gehören zur Erinnerung dazu.“

Schülerinnen des Elisabeth-Gymnasiums stellten das Leben dreier Mannheimer jüdischer KünstlerInnen vor und begleiteten die Gedenkstunde mit Klezmermusik. Der Schweigeweg führte in diesem Jahr zum 48er-Denkmal. Hier erinnerte die Freireligiöse Gemeinde an die hingerichteten Demokraten der Revolution von 1848. An der KZ-Gedenkstätte berichtete Elke Kamigan-Bentzinger (VVN-BdA) von einem Mannheimer, der in das Strafbataillon 999 gezwungen wurde. Am Soldatenehrenmal schließlich rezitierte die Schauspielerin Bettina Franke das Gedicht „Drei Minuten Gehör“ von Kurt Tucholsky. Es endet mit einem Appell an die Nachkriegsjugend:

„Und wenn sie euch kommen und
drohn mit Pistolen – Geht nicht!
Sie sollen euch erst mal holen!
Keine Wehrpflicht! Keine Soldaten!
Keine Monokel- Potentaten!
Keine Orden! Keine Spaliere!
Keine Reserveoffiziere!
Ihr seid die Zukunft!
Euer das Land!“

VDK-Veranstaltung

Am Nachmittag des Vokstrauertages führte der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge wieder seine „zentrale Veranstaltung der Stadt Mannheim“ durch, wie sich der VDK-Vorsitzende Klaus Dieter Reichardt MdL seit Jahren auszudrücken beliebt. Traditionsfahnen der „Marinekameradschaft“ und des Reservistenverbandes bestimmten das Bild in der Trauerhalle. Anstelle des verstorbenen letzten Vertreters des „Deutschen Afrikakorps“ sorgten Vertreter der Freiwilligen Feuerwehr für weiteren Fahnenschmuck. Der VDK hatte den Oberbürgermeister zur Rede geladen. Dieser kam auch und betonte die Bedeutung der Erinnerung an den Nationalsozialismus. „Ehrlicherweise muss man sagen: Die deutschen Soldaten starben nicht für das Vaterland. Deutschland war verraten von einem Unrechtsregime, welches am Ende das ganze Volk mit in den Abgrund ziehen wollte.“ Als Oberbürgermeister könne er es im übrigen nicht gut heißen, dass am Volkstrauertag zwei Veranstaltungen stattfinden. Ein gemeinsames Verständnis der deutschen Geschichte und der gesellschaftlichen Grundwerte sei erforderlich. *tht* ■

DARMSTADT - Lange Warteschlangen mit Besuchern jeden Alters standen auf dem Darmstädter Hauptbahnhof, um die Ausstellung im „Zug der Erinnerung“ zu begutachten. „Das Interesse ist überwältigend“, sagt Thomas Barth, pädagogischer Begleiter im Zug, „ebenso überwältigend sind die emotionalen Reaktionen.“ Der Darmstädter Zugaufenthalt begann mit einer Begrüßung durch den Oberbürgermeister Walter Hoffmann. „Es ist das große Verdienst der Ausstellung, dass endlich jene Beachtung finden, die sich am wenigsten wehren konnten“, sagte der OB, der an die Deportationen des Jahres 1943 erinnerte. Damals waren zwischen März und September über 3000 Menschen vom Darmstädter Güterbahnhof in die Vernichtungslager verschleppt worden, darunter viele Sinti- und Roma-Familien aus dem ehemaligen „Volksstaat Hessen“. Für die Ehrung der Deportierten setzt sich seit Jahren die Initiative Gedenkort Güterbahnhof Darmstadt ein. Den Aktivitäten der Initiative ist ein Mahnmal zu verdanken, das wiederholt geschändet worden ist. Peter Schmidt, Sprecher der Initiative, berichtete, dass sich mehr als 50 Schulklassen für einen Besuch im „Zug der Erinnerung“ angesagt hätten – ein kaum zu bewältigender Andrang.

LMO „alimentiert“ Freibund

SCHNEGA/HAMBURG. In seinem aktuellen Lagebericht geht der Sprecher der „Landsmannschaft Ostpreußen“ (LMO), Wilhelm von Gottberg, auch auf eine Zusammenarbeit mit dem „Freibund“ ein. Demnach „alimentierte“ die LMO eine „große Sommerfahrt“ des „Freibund“ in das Gebiet des ehemaligen Ostpreußens mit einer Summe von 1000 Euro. Gut 80 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene im Alter bis zu 22 Jahren zelteten zwölf Tage am Dadai-See, reparierten auf einem alten Friedhof Eisenkreuze und führten u.a. eine „Feierstunde“ für die „Opfer von Flucht und Vertreibung“ durch. Der LMO-Jugendverband BJO sei dabei mit eingebunden worden und habe durch BJO-Chef Jochen Zauner (Viersen) an der Programmgestaltung „mitgewirkt“. Vorgänger des „Der Freibund“ war der 1958 gegründete neofaschistische „Bund Heimattreuer Jugend“ (BHJ). Über viele Jahre arbeitete der BHJ auch mit der an der „Hitler-Jugend“ orientierten „Wiking-Jugend“ und anderen neofaschistischen Organisationen zusammen.

1993 war Wilhelm von Gottberg von der „Freibund“-Zeitschrift „Na Klar“ interviewt worden („Ostpreußenblatt/PAZ“ 10.11.07) *hma* ■

„Zur Zeit“ feierte Jubiläum

ÖSTERREICH/WIEN. Im Wiener Palais Palffy feierte die extrem rechte Wochenzeitung „Zur Zeit“ Ende Oktober ihr zehnjähriges Bestehen. Etwa 200 Besucher, darunter zahlreiche Mandatsträger der FPÖ, nahmen an der Veranstaltung gegenüber der Wiener Hofburg teil. „Zur Zeit“-Chefredakteur Andreas Mölzer, der für die FPÖ ins Europaparlament gewählt wurde, bezeichnete die Wochenzeitung in seinen einleitenden Worten als „Sturmgeschütz der Meinungsfreiheit“. Neben zahlreichen anderen Teilnehmern war auch Verlagsleiter Walter Tributsch in den Farben seiner studentischen Verbindung erschienen. Gemeinsam lauschte man den Worten des Festredners Dr. Otto Scrinzi. Der war einst SA-Sturmführer und Mitglied der NSDAP und hatte viele Jahre für die FPÖ im österreichischen Nationalrat gesessen. Als zweiter Redner sprach Rechtsanwalt Dr. Herbert Schaller. Der als Anwalt von Neonazis bekannte Schaller hatte zuletzt noch den britischen Geschichtsrevisionisten David Irving verteidigt. Im Anschluss wurde dem Publikum auf einer Großbildleinwand ein etwa 20minütiges Interview mit Irving gezeigt, das der „Zur Zeit“-Redakteur und Mitarbeiter Mölzers im Europaparlament, der Soziologe Dimitrij Grieb, unlängst in London geführt hatte. Zum Abschluss sprachen Günter Rehak, ehemals persönlicher Sekretär von Bruno Kreisky, dessen Beiträge schon im NPD-Organ „Deutsche Stimme“ abgedruckt wurden und der belgische Publizist Robert Steuckers. Der Mitgründer des neurechten Denkzirkels „Europäische Synergien“, der über die frühen Kontakte der „Zur Zeit“ zum rassistischen „Vlaams Blok“ sprach, war auch schon bei der neofaschistischen „Gesellschaft für freie Publizistik“ als Referent aufgetreten. *hma* ■

„Kerzenabend“ im Unterallgäu

UNTERALLGÄU. In der „Deutschen Nationalzeitung“ (46-2007) wird ein „Kerzenabend“ beworben, der am 1. Dezember im „Raum Unterallgäu“ stattfinden soll. Ehrengast und Festredner auf der „traditionellen überparteilichen Vorweihnachtsfeier der Deutschgesinnten“ ist Prof. Dr. Walter Marinovic aus Wien. Der ehemalige Bundesobmann des „Verbands der Professoren Österreichs“ war in der Vergangenheit wiederholt als Redner bei Gliederungen der NPD aufgetreten. Für nähere Auskünfte zur Veranstaltung wird eine Münchner Telefonnummer angegeben. *hma* ■

Naziübergriffe im Rheinland

RHEINLAND. Im Anschluss an eine Gedenkdemonstration anlässlich des Jahrestags der Reichspogromnacht am 9. November überfielen etwa 20 Neonazis am Bahnhof Leverkusen-Opladen eine Gruppe vermeintlicher Teilnehmer der Gedenkveranstaltung.

Die Angegriffenen flüchteten in einen Kiosk und wurden dort mit sandbefüllten Bierflaschen beworfen. Eine unbeteiligte Passantin trug durch einen Flaschenwurf schwere Gesichtsverletzungen davon und musste ins Krankenhaus eingeliefert werden. Die teilweise vermummten Täter, die dem Umfeld der militant-neonazistischen „Aktionsgruppe Rheinland“ zugerechnet werden, konnten flüchten. Am selben Abend und in den folgenden Tagen gab es in der Stadt weitere Übergriffe von Neonazis auf Passanten, die von ihnen für „Linke“ gehalten wurden. Noch im Oktober hatten Neonazis der „Aktionsgruppe Rheinland“ eine Veranstaltung der Partei „Die Linke“ in Leichlingen verhindert und Hetzflugblätter in der Stadt verbreitet. Die Anhänger des Pulheimer Ablegers der „Aktionsgruppe Rheinland“, die „Autonomen Nationalisten Pulheim“ (ANP), wurden am 14. November mit Hausdurchsuchungen konfrontiert. Die Gruppe hatte in Pulheim und Umgebung massenhaft Aufkleber verbreitet, Hakenkreuze geschmiert und vermeintlich linke Gegner bedroht und angegriffen.

Bei der Durchsuchung zahlreicher Wohnungen in Pulheim, sowie in Köln und Euskirchen, wurden Computer beschlagnahmt und neben Flugblättern auch ein Totschläger und eine Softairwaffe gefunden. Gegen die ANP ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts der „Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“, der „Volksverhetzung“, des Diebstahls, der Sachbeschädigung sowie der „gemeinschädlichen Sachbeschädigung“.

Südlich von Pulheim, in Köln, agieren seit einiger Zeit die „Autonomen Nationalisten Köln“ als lokaler Ableger der „Aktionsgruppe Rheinland“. Der hatten sich im Juli dieses Jahres Mitglieder des aufgelösten „Stützpunktes“ des NPD-Jugendverbandes „Junge Nationaldemokraten“ (JN) angeschlossen. Als eines der führenden Mitglieder der Kölner Gruppe gilt der siebzehnjährige Michael Brück aus Bensberg in Bergisch-Gladbach. Brück war zuvor Funktionär der „Jungen Nationaldemokraten“ in Köln.

abk ■

Hamburger Aufruf „Keine Stimme den Nazis“

HAMBURG. Unter dem Motto „Keine Stimme den Nazis“ hat das Hamburger Bündnis gegen Rechts eine Unterschriftenkampagne initiiert, um in Hamburg ein Klima zu schaffen, in dem die Wahl von DVU oder anderen rechtspopulistischen Parteien nicht stattfindet kann. Das Bündnis fordert alle Hamburgerinnen und Hamburger auf, sich an dieser Kampagne zu beteiligen, den Hamburger Aufruf „Keine Stimme den Nazis“ zu unterzeichnen und ihn weiterzuverbreiten. Als Erstunterzeichnerinnen und Erstunterzeichner konnten Menschen aus den verschiedensten Zusammenhängen, wie Wissenschaft, Kultur, Kirche oder Gewerkschaft gewonnen werden. Es handelt sich um Esther Bejarano, Klaus Bullan, Fanny Dethloff, Sieglinde Friess, Manfred Getzmann, Ira Gloe-Semler, Anne Harms, Hannelore Hoger, Bernt

Kamin-Seggewies, Wolfgang Kirstein, Prof. Dr. Timm Kunstreich, Prof. Dr. Michael Lindenberg, Corny Littmann, Peter Lohmeyer, Antje Möller, Fanny Müller, Prof. Dr. Norman Paech, Gül Pinar, Lisa Politt, Wolfgang Rose und Dr. Gerhard Strate.

Mitte November wird die Kampagne durch eine eigene Homepage unterstützt, auf welcher über die Entwicklung der Unterschriftenaktion sowie über antifaschistische Aktivitäten berichtet werden wird. Wer aktiv bei der Kampagne mitmachen möchte, schreibt bitte an:

kontakt@keine-stimme-den-nazis.org.

Keine Stimme für DVU, NPD und alle anderen Parteien der extremen Rechten.

Kein Platz für Nazis – weder in den Parlamenten noch im Stadtteil oder Betrieb. Mach mit:

www.keine-stimme-den-nazis.org ■

Es mügelt in unseren Städten

DORTMUND. Rund 30 Neonazis haben in der Nacht zum Samstag mit „Scheiß Türken"- und „Scheiß Ausländer"-Rufen und unter Einsatz von Schlagstöcken, Pflastersteinen und einer Schusswaffe eine von vielen Migranten besuchte Gaststätte in der Dortmunder Innenstadt angegriffen. Es gab Verletzte. Wenn Antifa-Initiativen dies nicht gemeldet hätten, bliebe dieser skandalöse Vorfall unbeachtet. Der neue Angriff – nach vielen anderen – zeigt, dass die Dortmunder Polizei nicht fähig oder nicht willens ist, derartige Straftaten zu verhindern und die Täter zu verfolgen. Auch die Politiker der Stadt und des Landes gingen nicht etwa sofort an den Ort des Geschehens, um sich mit den Betroffenen zu solidarisierten.

Es mügelt in unseren Städten. Während der Überfall von Mügeln wenigstens noch beachtet wurde und auch bei Politikern – nicht bei allen – Betroffenheit auslöste, geschieht dies in Dortmund und Nordrhein-Westfalen nicht. Man geht zur Tagesordnung über. Die Zustände machen uns Angst. Aber es hilft nur: Sich wehren, nicht wegsehen – jeder von uns ist aufgerufen.

Ulrich Sander ■

Erneut Protest gegen Nazis in Gräfenberg

„Wir sind ziemlich fassungslos, dass die NPD mit Fackeln, Stahlhelmen und Trommeln wie zu Zeiten des Dritten Reiches kriegerisches Heldentum in unserer Stadt feiern darf", so hatte Monika Michael vom Gräfenberger Bürgerforum den Aufzug von 100 Neofaschisten am 9. November kommentiert. Die NPD plante für diesen Tag zum wiederholten Male, den Gräfenberger Marktplatz für ihre revanchistischen, geschichtsfälschenden und menschenverachtenden Ziele zu missbrauchen.

Doch der Gräfenberger Marktplatz gehörte erneut nur den Gräfenberger Demokraten, die sich im Gedenken an die 20 Millionen Menschen, die von den Nationalsozialisten in den Konzentrations- und Vernichtungslagern umgebracht worden waren, auf dem Marktplatz versammelt hatten. Der schnell vorüber ziehende Zug der alt- und neofaschistischen Hohlköpfe wurde übertönt von dem eindrucksvollsten Totengedenken, das in Gräfenberg wohl bisher stattgefunden hat: schweigend hörten die Demokraten den alles Trommeln übertönenden Khaddisch. Das jüdische Totengebet empfing ihre einstigen Mörder und trieb sie schnell wieder aus der Stadt hinaus, durch haushohe Bilddarstellungen aus Theresienstadt, Bergen-Belsen und anderen Konzentrationslagern hindurch, an Bergen von ermordeten Menschen vorbei. Und das Transparent „Denkmäler sind für Denkende" stand dabei über allen Köpfen. Die wortlose, aber eindrucksvolle Gestik vieler Demokraten, die sich auf den Boden legten und mit weißen Leichentüchern überdeckten, verstärkten die innere Wut und den Mut, sich diesem braunen Verbrecherpack weiterhin entgegen zu stellen.

Der Tag zeigte einmal mehr, dass der Gräfenberger Widerstand gegen Alt- und Neofaschisten nicht nachlässt. Im Gegenteil – trotz heftigster Graupelschauer, eisiger Kälte und Sturm standen wieder 300 Demokraten eng und friedlich zusammen und zeigten, dass diese gewaltfreie Form des Widerstands Zukunft hat für die Demokratie, auch wenn dieser geduldige Widerstand langen Atem braucht. „Fackeln, Stahlhelm und Trommeln" haben auf dem Gräfenberger Marktplatz und nirgendwo auf der Welt etwas zu suchen, denn Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

gpi ■

Dr. Post kandidiert für „Pro München"

MÜNCHEN. Wie aida-archiv München meldet, will die extrem rechte „Bürgerbewegung Pro München" mit dem Historiker Dr. Walter Post in den Münchner Kommunalwahlkampf 2007/2008 ziehen. Walter Post gehört zu einem Kreis neurechter Historiker, die eine Revision der Geschichtsschreibung betreiben. Aus deutschen Tätern wird bei ihnen immer öfter eine Gemeinschaft von deutschen Opfern beschworen. Post (Jahrgang 54) war einige Jahre lang Lehrbeauftragter an der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU). 1995 schrieb er sein Buch „Unternehmen Barbarossa – deutsche und sowjetische Angriffspläne 1940/41", in dem wieder einmal Hitlers Angriff auf die Sowjetunion als Präventivkrieg dargestellt wird. Post referiert gern beim extrem rechten „Kulturkreis Münchner Bürgerverein", der ihn als Beirats- bzw. Ehrenmitglied führt. So zuletzt am 25. September 2007 mit einem Vortrag zum Thema „Die Ursprünge des Kalten Krieges" in der Gaststätte „Alt-Münchner Gesellenhaus". 2005 nimmt Post an dem so genannten „Freiheitlichen Kongress" der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme" im Arvenahotel in Bayreuth teil und hält einen Vortrag zum Thema „Dresdner Bombenholocaust".

Ob Post wirklich als Kandidat an der Wahl zum Münchner Stadtrat teilnehmen kann hängt davon ab, ob es „Pro München" gelingt 1000 Unterstützungsunterschriften zusammen zu bringen.

www.aida-archiv.de ■

Neues Verbotsverfahren gegen die NPD gefordert

NÜRNBERG. Am 17.11. erschien in den Nürnberger Nachrichten eine große Anzeigemit dem Text: „Auch wir sagen: Die NPD ist eine verbrecherische Partei! Wir fordern das sofortige Einbringen eines neuen Verbotsverfahrens gegen die NPD." Unterzeichnet haben diese Forderung Michael Bammessel, Stadtdekan der Ev.-Lutherischen Kirche in Nürnberg; Hans Reeg, Stadtdekan der Katholischen Stadtkirche Nürnberg; Prof. Dr. Klaus Wübbenhorst, Präsident der IHK Nürnberg; Heinrich Mosler, Präsident der Handelskammer für Mittelfranken; Stephan Doll, Vorsitzender DGB Mittelfranken; Werner Schatz, Geschäftsführer der Bürgerbewegung für Menschenwürde in Mittelfranken; Prof. Dr. Jörg Wiesse, Vorsitzender Forum Jüdische Geschichte und Kultur in Nürnberg; Heribert Schmitz, Deutsch-Israelische Gesellschaft, AG Nürnberg-Mittelfranken; Hans Hesselmann, Leiter des Menschenrechtsbüros der Stadt Nürnberg; Friedrich Popp, Geschäftsführer des Ausländerbeirates der Stadt Nürnberg; Gabriele Sörgel, Vorstandsmitglied der Stadtmission Nürnberg; Roland Werber, Direktor Caritasverband Nürnberg; Herbert Dötschel, Bayerischer Landesportbund, Vorsitzender des Sportkreis Nürnberg und Achim Mletzko, Vorsitzender des Kreisjugendrings Nürnberg-Stadt.

Was war dieser Anzeige vorausgegangen?

Der erste Vorsitzende der israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg, Arno Hamburger, hatte die NPD als „braunes Pack" und „Verbrecher-Partei" bezeichnet; darauf hin hat der der NPD angehörende Nürnberger Stadtrat Ollert Anzeige wegen Beleidigung erstattet. Der Schuss ging insoweit nach hinten los, als es eine breite Solidarisierung mit Hamburger gab. So schloss sich Konstantin Wecker bei einem Konzert in Erlangen dieser Charakterisierung der NPD an.

Am 17. November erschien dann die Anzeige in den „Nürnberger Nachrichten“, eine im Großraum Nürnberg weit verbreitete Tageszeitung. *the* ■

VVN nicht erwünscht

BAMBERG. In Bamberg wird seit dem 9. November eine Wanderausstellung des Anne Frank Zentrums Berlin gezeigt. Für die Durchführung und Erkundung von Finanzierungsmöglichkeiten der Ausstellung hat sich vor Ort die CSU Landtagsabgeordnete Melanie Huml engagiert und eine breite Gruppe interessierter Menschen als Mitträger und Geldgeber gefunden. Wie nun bekannt wurde, hat die CSU Politikerin die VVN- BdA Bamberg aus dem Mitveranstalterkreis mit einem Hinweis auf Verfassungsschutzverzeichnisse gelöscht. Der DGB zog daraufhin aus Solidarität mit der VVN-BdA die Finanzierungszusagen zurück. Den Rahmen der kommenden Ausstellung wird eine Vielzahl von Veranstaltungen verschiedenster Organisationen und Institutionen bilden. Zwei solcher Veranstaltungen hat das DGB-Bildungswerk in Kooperation mit der VVN-BdA Bamberg für das Rahmenprogramm angemeldet: Am 23. November 2007 eine Veranstaltung mit Michael Weiß vom Apabiz aus Berlin zum Thema „Das Versteckspiel der Neonazis, Symbole, Codes und Lifestyle“. Am 25. November 2007 einen Friedhofsrundgang mit dem Thema: „Erinnern statt Vergessen. Zeugnisse von Verfolgung und Widerstand im Bamberger Friedhof“.

Der Vorsitzende der VVN-Bda Bamberg, Günter Pierdzig, kritisierte scharf, dass die CSU-Politikerin dabei jedoch ihre Organisatorenkompetenz der örtlichen Anne Frank Ausstellung missbraucht, denn die von Frau Huml praktizierte Ausgrenzung und Diffamierung der VVN/BdA ist ein Hohn gegen jegliche Art eines ehrlich und konsequent praktizierten Antifaschismus. Zugleich ist diese diffamierende Ausgrenzung und Diskriminierung eine Beleidigung aller Opfer des Faschismus – damit auch der Person der Anne Frank selbst – sowohl der Ermordeten, der mittlerweile Verstorbenen, als auch der noch Lebenden, meint Pierdzig. „Es ist bedauernswert und untragbar, dass Frau Huml durch ihr diskriminierendes Ansinnen gegenüber der VVN/BdA die hervorragende Arbeit des Anne Frank Zentrums selbst zur Durchsetzung ihrer persönlichen Politik missbraucht und die Arbeit des Anne Frank Zentrums dadurch in Misskredit bringt“, sagte Günter Pierdzig in einem Gespräch mit Nachrichten-aus-Hassfurt. *nah* ■

NPD hatte kaum Aktionsraum – 3-Tage-Widerstand des Bündnisses erfolgreich

Walsrode/Bad Fallingbostel. Am Mittwoch 14.11.07 wurde bekannt, dass die NPD an den folgenden 3 Tagen Info-Stände in Walsrode durchführen wollte. Am 15.11. gab es von SPD-GRÜNE-DGB nur Beobachter und kritische Jugendliche, die die 5 - 6 KameradInnen von Passanten fernhielten.

Dann wurde bekannt, dass die Nazis am 16.11. vormittags in Bad Fallingbostel und nachmittags 8 km entfernt in Walsrode Stände machen wollten.

Am 16.11. morgens in Bad Fallingbostel waren 8 NPDler vor Ort. Sie gaben Jugendlichen reichlich Propagandamaterial, welches demonstrativ in einem Müllsack mit der Aufschrift „brauner Dreck“ landete. Bis auf 2 Passanten, warfen alle die erhaltenen NPD-Blätter in diesen Müllsack. Die Nazis sprachen handfeste Drohungen aus und packten ihren Stand frühzeitig ein.

Am 16.11. nachmittags in Walsrode, hatte sich die NPD auf 12 verstärkt, darunter Kameraden aus Verden. Sie hatten dank vieler Antifa-Jugendlicher wieder keine Chance und brachen schon nach 90 Minuten um 15 Uhr ab (sie hatten Standgenehmigung bis 18.30 Uhr). Stattdessen versuchten 4 Nazis vorm REWE-Markt in Bad Fallingbostel Unterschriften für ihre Landtagskandidatur zu bekommen. Eine Kundin holte den Marktleiter, der die Nazis sofort vom Parkplatz verscheuchte.

Am Samstag 16.11. hatte die NPD-Standgenehmigungen ab 8 Uhr sowohl in Bad Fallingbostel und in Walsrode. Lediglich eine kleine Nazigruppe, u.a. aus Rotenburg/Wümme ging ohne Propagandazeug auf der Vogteistraße umher. Die NPD verzichtete auf Stände in beiden Orten. Stattdessen hielten mehr als 50 junge AntifaschistInnen auf vielen Straßen und Plätzen in beiden Orten Ausschau nach Nazis. In Walsrode hatten an zwei Stellen DGB, SPD und VVN/BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/ Bund der AntifaschistInnen) Info-Stände aufgebaut. Die GRÜNEn hielten eine Mülltonne zum Entsorgen von Nazi-Propaganda bereit. Am Samstag beteiligten sich in beiden Orten insgesamt 80 Menschen an den Protesten gegen die NPD.

Neben NPD-Hetzschriften hatten die Kameraden auch ein Blatt der Nazi-Kameradschaft „Snevern Jungs“ dabei. Die „Prominenten“ vor Ort waren Peter Marx / NPD-Bundesvorstand und der Soltauer NPD-Landtagskandidat Matthias Behrens alias „Kamerad Matten“, der zugleich Führer der „Snevern Jungs“ ist.

Auf den Fotos von links: H-D Charly Braun und Steffen Lübbert, beide: DGB- und ver.di-Funktionäre

H-D Charly Braun / DGB bedankte sich mittags bei einer Abschlusskundgebung besonders für das „pfiffige und entschiedene Vorgehen zahlreicher junger AntifaschistInnen“. SPD-Ratsherr Jürgen Beichler freute sich über den „3-Tage-Erfolg“, rief auf wachsam zu bleiben und sagte: „Seit 25 Jahren haben Nazis im Südkreis von Soltau-Fallingbostel nur ganz selten Veranstaltungen durchführen können. Diese 3 Tage setzen diese antifaschistische Tradition fort.“

PM DGB ■

„Er kam rein [... und] war sofort politisch“

(Dr. Jost Hermand)

Veranstaltung in Köln zum 100. Geburtstag von Hans Mayer

Hans Mayer, geboren 1907 in Köln, Jurist, Literaturwissenschaftler, Autor, politischer Essayist, Antifaschist, Sozialist, Jude und Homosexueller – es gibt viele Gründe, ihn zu ehren, an ihn zu erinnern. Dies haben wir am 8. November in Köln in der VHS getan. Als Einführung zur Person Hans Mayer wurde ein Film gezeigt – Mayer im Interview mit Günter Gaus. Anschließend las Andreas Rummler, Autor, Journalist und ehemaliger Schüler Hans Mayers aus „Ein Deutscher auf Widerruf“. Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des ver.di-Arbeitskreises Antifaschismus/ Antidiskriminierung, stellte die wichtigsten Stationen aus dem Leben Prof. Mayers vor. In der anschließenden Podiumsdiskussion, moderiert von Heinrich Bleicher Nagelsmann, Geschäftsführer des VS in ver.di, berichteten Experten über ihre Erlebnisse mit Hans Mayer: Dr. Inge Jens, Autorin u.a. „Über Hans Mayer“, mit Hans Mayer langjährig befreundet; Prof. Dr. Jost Hermand, Literaturwissenschaftler aus Wisconsin/USA & Berlin, Autor, der Hans Mayer für ein Jahr nach Wisconsin holte; Dr. Mark Lehmstedt, Herausgeber/Autor: „Der Fall Hans Mayer“ & „Hans Mayer: Briefe“ und Kurt Groenewold, Nachlassverwalter von Hans Mayer. Neben Ver.di Köln – Arbeitskreis Antifaschismus/Antidiskriminierung gab es zahlreiche Mitveranstalter bei dieser gut besuchten Veranstaltung. Wir dokumentieren Auszüge aus dem Eingangsreferat von Claudia Wörmann-Adam.

Hans Mayer und Köln

Hans Mayer wurde am 19.3.1907 in Köln, in der Genter Straße im belgischen Viertel geboren. 5-6 Jahre später zog die Familie nach Neuehrenfeld zum heutigen Ehrenfeldgürtel in die Nähe der Großeltern. Die Familie war jüdisch und großbürgerlich. Sein Vater Rudolf war Kaufmann und sehr kultur- und kunstinteressiert. Er sammelte moderne Malerei, beraten von Josef Haubrich. Die Mutter, Ida, gab Abendessen für bedürftige Künstler/innen, zu ihnen gehörte u. a. auch Else Lasker Schüler, die regelmäßig zum Abendessen kam. Hans Mayer hat ihr als Junge oft die Tür geöffnet. Er besuchte das Kölner Schiller Gymnasium; studierte Jura in Köln und zwischendurch in Berlin; legte 1930 seine Promotion in Köln beim von ihm sehr geschätzten Prof. Hans Kelsen ab und 1932 das 2. Staatsexamen.

Hans Mayer hatte einen sehr engen Bezug zu seiner Heimatstadt; er stand dazu, in dem er sagte: „Ich habe eine Landschaft, dies ist der Rhein. Ich habe eine Sprache, das ist das Deutsche. Ich habe eine Stadt und das ist Köln“ und: „Köln, diese Stadt mit der Atmosphäre von Weihrauch und Rebellion kann ich nicht abschütteln.“

Als ihm als Erstem 1980 der neue Kölner Literaturpreis verliehen wurde, ging er auf sein spezielles Verhältnis zur Vaterstadt ein: die gezeichnet bleibe, von

dem Tun derer, die dafür sorgten, dass er Köln 1933 verlassen musste; – wie hätte er sich entsetzt und empört angesichts der Tatsache, dass die Braunen jetzt unter dem Tarnnamen „Pro Köln“ wieder im Stadtrat sitzen! – und er reflektierte das Verhältnis seiner Stadt zur Literatur, das eigentlich keins sei….; womit er wohl Recht hat, denkt man an die unwürdige Diskussion um die Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Heinrich Böll und denkt man daran, dass der ganze wissenschaftliche und literarische Nachlass von Hans Mayer: 72 Kartons voll Bücher, Schriften, Korrespondenzen (!) noch unerforscht im historischen Archiv der Stadt auf seine Aufarbeitung wartet!

Der politische Hans Mayer

Hans Mayer war bis zum Lebensende bekennender Marxist, Sozialist, Antifaschist – oder, wie seine Schülerin, Christa Wolf, schrieb: „Ein ‚Deutscher auf Widerruf‘ ist er gewesen, auch auf Widerspruch, ein Linker, weitab von dogmatischen Maximen – das musste ihn in Konflikte stürzen, hüben wie drüben…“

Mit 20 Jahren begann seine politische Arbeit, als Mitglied einer marxistischen Studentengruppe. Die SPD wollte ihn nach einem Jahr Probe nicht aufnehmen. Er wurde Mitglied der SAPD; später Mitglied der KPO, die er 1935 wieder verließ.

Wegen seiner Teilnahme als Referendar beim Prozess gegen Robert Ley 1932 wird er von den Nazis in Köln auf offener Straße zusammengeschlagen. Die Furcht, so etwas noch einmal erleben zu müssen, verließ ihn Zeit seines Lebens nicht mehr.

Unmittelbar nach Ablegung seines 2. Staatsexamens – bei der mündlichen Prüfung hospitierte Roland Freisler – erhielt er aufgrund des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ – dem Gesetz, dass die Juden aus dem öffentlichen Dienst vertrieb – seine Entlassungsurkunde aus dem preußischen Justizdienst.

Dr. Inge Jens:
„Es wäre Aufgabe der Stadt Köln, den Nachlass Hans Mayers für Forschungen zugänglich zu machen.“

Am 27.2.1938 wird ihm die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt. Am 14.5. 1938 wird ihm von der Kölner Universität die Doktorwürde entzogen: „Weil ausgebürgert.“ Am 1.9.1981 – nach 43 Jahren! – erhält er sein Diplom zurück!!!

Mit Hilfe seines Vaters flieht er 1933 erst nach Frankreich, dann in die Schweiz, pendelt eine Zeitlang zwischen Genf und Paris, schreibt Artikel für linke Zeitungen, arbeitet mit am ‚Collège de Sociologie‘, arbeitet u. a. mit Walter Benjamin und vielen anderen bedeutenden Geistesgrößen, darunter vielen Emigranten. Er wird in der Schweiz in den Kriegsjahren als sog. „feindlicher Ausländer“ in diversen Lagern interniert. In dieser Zeit schreibt er sein Werk über Büchner, das seinen Ruf nach Leipzig begründete. Seine Eltern wurden von Köln nach Lodz deportiert und ermordet – seine Familie vernichtet.

1945, im Oktober, kommt er nach Deutschland, nach Frankfurt, zurück. Er arbeitet auf Vermittlung von Golo Mann als politischer Chefredakteur bei Radio Frankfurt später beim Vorläufer von dpa und bei der AdA, der Akademie der Arbeit der Gewerkschaften. Er ist einer der Mitbegründer der VVN, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, und deren 1. hessischer Landesvorsitzender. Er bleibt Zeit seines Lebens VVN Mitglied; zuletzt als Ehrenvorsitzender der VVN/BdA Tübingen. Mitglied einer Partei ist er nach 1935 nicht mehr geworden.

(...) Hans Mayer blieb zeitlebens seinen politischen Überzeugungen treu; bezog klar Position gegen jede Form von Antisemitismus und Faschismus; Er

Kongressbericht der Informationsstelle Militarisierung (IMI):

Das Ausmaß der deutschen Militarisierung sichtbar machen

Die Tübinger Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. hat sich auf ihrem zehnten Kongress am 10. und 11. November mit der Transformation der Bundeswehr und deren Einsätzen im In- und Ausland beschäftigt. Mit über 100 BesucherInnen wurde dabei auch über verschiedene Gegenstrategien diskutiert.

Ziel des diesjährigen Kongresses war es aufzuarbeiten, was die Militarisierung der deutschen Außenpolitik tatsächlich bedeutet, was die Bundeswehr in ihren Auslandseinsätzen eigentlich macht und welche Rüstungsprojekte sie dafür vorantreibt. Im Anschluss an jeden Vortrag entstanden Diskussionen, in denen auch erörtert wurde, was zu tun sei. Am zweiten Tag des Kongresses wurden verschiedene Initiativen vorgestellt, die versuchen, eine zivile Opposition gegen die „Armee im Einsatz“ aufzubauen. Aus dem gesamten Bundesgebiet waren entsprechende AktivistInnen angereist, stellten ihr Schwerpunkte und Perspektiven vor. Einige Schwerpunkte kristallisierten sich über den gesamten Kongress heraus.

So führt die Transformation der Bundeswehr zu einer massiven Aufwertung der Marine, auf welche auch die teuersten Rüstungsprojekte entfallen, und die, gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtstärke der Bundeswehr, überdurchschnittlich oft zum Einsatz kommt. Auch die Nachwuchsgewinnung spielt mittlerweile für die „Armee im Einsatz“ eine immer wichtigere Rolle, da die Bereitschaft, sich für lebensgefährliche Auslandseinsätze zu verpflichten, deren Sinn den Rekruten zunehmend schleierhaft ist, sinkt. Besonders sicht- und angreifbar wird die Militarisierung der deutschen Außenpolitik durch den Aufbau oder die Aufwertung zentraler Militärbasen, die im Inland als Kommandozentrale (Einsatzführungskommando Potsdam), Trainingsgelände (Gefechtsübungszentrum Magdeburg, „Bombodrom“) oder im In- und Ausland als Logistikdrehkreuz (Flughafen Halle- Leipzig, Termez in Usbekistan) dienen. Da diese Entwicklungen weitgehend außerhalb des öffentlichen Bewusstseins und ohne entsprechende Debatte vorangetrieben werden, ist es in erster Linie wichtig, über sie zu informieren, beispielsweise auch über die verschiedenen Rüstungsstandorte. Darüber hinaus wurde mehrfach eine Anti-Rekrutierungskampagne sowie die Vernetzung der einzelnen Kämpfe gegen Militärstandorte gefordert, wie sie durch das „Netzwerk gegen Militärstandorte und ihre Auswirkungen“ angestrebt wird. Den Kongress eröffnete IMI-Vorstandsmitglied Tobias Pflüger, der zugleich dem Europäischen Parlament angehört.

Tobias Pflüger: Kriegsführungsfähige Strukturen abschaffen!

Auch die Transformation der Bundeswehr zur Armee im Einsatz schreite voran, ohne von der Öffentlichkeit wahrgenommen oder debattiert zu werden. Im Mittelpunkt stehe die „Kriegsführungsfähigkeit“, für welche die Truppe gerade komplett neu aufgestellt werde. Das Weißbuch sehe zum Beispiel die Aufteilung aller Soldaten in Einsatzkräfte, Stabilisierungskräfte und Unterstützungskräfte vor, woran man erkennen könne, dass die Landesverteidigung nicht mehr „strukturbildend“ sei. Speerspitze der Armee im Einsatz und notwendig für ihre Kriegsführungsfähigkeit sei das

→

---

zeigte Rückgrat: In der DDR: wenn er sogenannte „Republikflüchtlinge“ wie Uwe Johnson verteidigte;

In der BRD: z. B. wenn er politisch Stellung bezog, als Hochhuth die NS-Vergangenheit des damaligen baden württembergischen Ministerpräsidenten Filbinger als uneinsichtigen NS-Marinerichter aufdeckte; oder, als er für den vom Berufverbot betroffenen Hannoveraner Professor Brückner Partei ergriff; Und auch, als er in Köln auf eine Teilnahme an einer Ehrung zu seinem 85. Geburtstag verzichtete, weil, wie er sagte, es gäbe im Moment einen Streik

der ÖTV, er sei als alter Sozialist auf Seiten derer, die im Gürzenich die Stühle rücken sollten und er würde in einer solchen Situation nicht als Streikbrecher auftreten, das sei die Essenz seines Lebens!

Hans Mayer war homosexuell, aber die Gesellschaft ließ ihn das nicht leben: nicht das katholische Köln seiner Jugend, nicht die Nazizeit, nicht die DDR und das von Adenauer geprägte Nachkriegswestdeutschland ebenfalls nicht. Der § 175 des StGB wurde erst unter Kanzler Willy Brandt teilweise aufgehoben. Die Diskriminierung Homosexueller hat nachgelassen, ist aber immer noch – teils latent, teils offen – vorhanden.

Eine seiner Hannoveraner Studentinnen, Pieke Biermann, schrieb hierzu: „Hans Mayer war schwul. Alle wussten es. Aber er wollte noch nicht einmal wissen, daß man es ruhig wissen kann - Zeit seines Lebens nicht. Die politische Dimension dieser „Außenseiter“-Seite an sich hat er nie gesehen, sich nie getraut zu sehen, vielleicht. Man sieht nur, was man verarbeiten kann. Der Jude in ihm war vielleicht zu tief verwundet worden, als dass der Schwule in ihm Lebenslust hätte entwickeln können“.

Der Literaturwisssenschaftler Hans Mayer

ist sicherlich der in der Öffentlichkeit bekannteste Teil von ihm. ... Er hatte zu praktisch allen bedeutenden Autor/innen der deutschen und einiger anderer Sprachen, direkte persönliche manchmal auch sehr freundschaftliche Beziehungen... Vielen DDR Schriftsteller/innen war er Lehrer: Uwe Johnson, Christa Wolf, Christoph Hein, um nur einige zu nennen. Er selbst bezeichnete Ernst Bloch als „mir der liebste Lehrer“ und sicher einer seiner engsten Freunde.

Bekanntlich folgte er ihm 1963 nach Tübingen, nachdem die Machthabenden in der DDR ihn mit ihrer Aussage über ihn: „Eine Lehrmeinung zuviel“! aus der DDR mobbten. Und sie hatten ja Recht: Mayer war für sie ein Risiko: einer, der sich Joyce, Proust, Montaigne, Beckett, Musil und Kafka, um nur wenige zu nennen, nicht aus seinem persönlichen Kanon streichen lässt, weil die Herrschenden diese für „dekadent“ hielten; der konnte in deren Augen nur gefährlich sein!

(...)

Was prägt das Werk von Hans Mayer? Wo ist der „rote Faden“?: Sowohl sein politisches Bewusstsein als auch sein Umgang mit Literatur ist geprägt von der Auseinandersetzung mit Geschichte und Geschichtsbewusstsein.

In einem Interview antwortet er 1993 auf die Frage, ob es richtig sei, „vom Ende der Geschichte“ zu sprechen:

„Ich habe sehr oft, auch weil es meine Meinung ist, Walter Benjamin zitiert, der einmal geschrieben hat, ‚wenn man beim Denken der Gegenwart von der Geschichte absieht, dann werden auch die Toten nicht mehr sicher sein – in ihren Gräbern‘. Das haben wir nun wahrlich erlebt und erleben es täglich. Das Ende der Geschichte, das ist Feuilletongeschwätz, ebenso das Ende der Utopie, das Ende der Aufklärung, der Dialektik der Aufklärung. Die Dialektik sitzt in der Ecke und grinst….“ ■

Kommando Spezialkräfte (KSK), das sich zudem der parlamentarischen Kontrolle entziehe, und die Division Spezielle Operationen (DSO). Zwar strebe Pflüger die Abschaffung der Armee als Ganzes an, der erste Schritt sei jedoch, die kriegsführungsfähigen Strukturen der Bundeswehr und damit auch das KSK und das DSO aufzulösen.

Beispielhaft anhand einer Rede einer CDU-Abgeordneten im Verteidigungsausschuss wies Pflüger nach, dass in Regierungskreisen die Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen mit militärischen Mittel ganz offen propagiert wird. Anhand einer Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) beschrieb Pflüger die für die Bundeswehr diskutierten Kampf- und Kriegsführungsoptionen. Dort wird das brutale Einkesseln der irakischen Stadt Falludscha mit vielen Zivilltoten als Beispiel diskutiert, warum die Bundeswehr in Zukunft Kampf im städtischen Raum beherrschen müsse.

Ein Beispiel der zunehmenden zivilmilitärischen Zusammenarbeit sei die gefährliche Entwicklung der „Neuen Territorialen Wehrstruktur“. Offiziell, um auf Terroranschläge und für Naturkatastrophen vorbereitet zu sein, soll beginnend mit dem ersten Halbjahr 2007 jedem Landratsamt in Deutschland ein Beauftragter für die Zivilmilitärische Zusammenarbeit (BeaBWZMZ) der Bundeswehr beigestellt werden, der nun von Beginn an an der Planung von Katastrophenschutzübungen und Großereignissen beteiligt ist. Hierfür werden Reservisten mobilisiert, um die zivile Verwaltungsstruktur militärisch zu durchdringen.

Claudia Haydt: Rüstungshaushalt steigt

Claudia Haydt vom IMI-Vorstand beschrieb anschließend zahlreiche neue Rüstungsprojekte der Bundeswehr. Die Transformation zur Einsatzarmee habe einen enormen Bedarf nach neuem Militärmaterial generiert, so Haydt. Aus diesem Grund werde der Rüstungsetat, im Gegensatz zu anderen Budgets, insbesondere dem Sozialhaushalt, nicht reduziert, sondern im Gegenteil im Jahr 2008 um eine weitere Milliarde auf 29.3 Mrd. Euro erhöht. Gleichzeitig steige auch der Anteil für Investitionen in neue Rüstungsgüter. Insgesamt plane die Bundeswehr in den nächsten zehn Jahren für insgesamt etwa 80 Mrd. Euro neues Kriegsgerät zu beschaffen, wobei besonders der steigende Anteil der Marine auffällig sei. Weitere Investitionen seien in den Bereichen Mobilität und „Wirksamkeit im Einsatz“ geplant, während an Personalkosten gespart werden solle. Indem hierdurch sämtliche Gelder bereits auf Jahre hinaus fest gebunden seien, werde bewusst Druck erzeugt, den Rüstungshaushalt noch weiter als bislang geplant zu erhöhen. Claudia Haydt beendete ihren Vortrag mit der in diesem Zusammenhang zunächst irritierenden Feststellung, dass die deutschen Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Bereich der Rüstung offiziell rückläufig sind.

Dieses Phänomen erläuterte IMI-Beirat Martin Hantke im unmittelbaren Anschluss. Mit der so genannten „Sicherheitsforschung“ würden unbemerkt von der Öffentlichkeit Rüstungsausgaben aus zivilen Haushalten querfinanziert. Sowohl auf europäischer als auch auf deutscher Ebene sei 2007 erstmals ein Sicherheitsforschungsetat eingerichtet worden, der auf deutscher Ebene mit Geldern aus dem Forschungsministerium und auf EU-Ebene aus dem 7. Forschungsrahmenprogramm finanziert werde. Unter dem Deckmantel einer Forschung für „zivile Sicherheit“ seien auf EU-Ebene bis 2013 mehr als 2 Mrd. Euro und auf deutscher Ebene 200 Mio. für rüstungsrelevante Forschung eingestellt worden. Dabei komme es zu einer gravierenden Verzahnung ziviler und militärischer Forschung, insbesondere an den Universitäten. „Die Universitätsforschung wird zunehmend auf Krieg ausgerichtet“, so Hantkes Fazit.

Frank Brendle: Einsatz der Bundeswehr im Innern

Der Vortrag von Frank Brendle vom Landesverband Berlin-Brandenburg der DFG-VK zum Einsatz der Armee im Innern betonte dessen lange Tradition als alltägliches Mittel der Stabilisierung von Herrschaft, zur Durchsetzung von Verwaltungsangelegenheiten, bei der sie aber im Zuge des flächendeckenden Aufbaus der Polizei sukzessive abgelöst worden sei. Später nahmen Soldaten v.a. in der Aufstands- und Aufruhrbekämpfung eine zentrale Rolle ein. Die Armee sei dabei etwa im Kaiserreich seit 1871 fast ausnahmslos gegen streikende und demonstrierende Arbeiter eingesetzt worden. Auch der heute wieder in der Diskussion auftauchende Schutz „kritischer Infrastruktur“ durch das Militär habe seine Anwendung in dieser Epoche etwa zum Schutz der Reichsbank, aber auch von Gefängnissen erlebt. Die rechtlichen Grundlagen waren Brendle zufolge schon damals auf Konstruktionen des Notstands gestützt, gegen die dann meist keine oder keine effektiven juristischen und parlamentarischen Mittel mehr eingelegt werden konnten.

Die Situation in der BRD, wo nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs der Einsatz von Streitkräften im Inneren explizit durch das Grundgesetz verboten wurde, sei vor diesem Hintergrund eine vollkommen neue gewesen. Unter dem Schlagwort der „Vernetzten Sicherheit“ und vorangetrieben von Personen wie Wolfgang Schäuble und einer großen Zahl sicherheitspolitischer Think-Tanks dominiere nun aber ein funktionaler Ansatz, der im Ausschluss der Bundeswehr von hoheitlichen Aufgaben im Inland letztlich eine Verschwendung von Ressourcen sehe.

Podium zu den weltweiten Einsätzen der Bundeswehr

Der Samstagabend wurde abgeschlossen durch ein Podium, bei dem verschiedene ExpertInnen kurz die Einsätze der Bundeswehr im Kosovo, Afghanistan und der Demokratischen Republik Kongo (DRK) sowie die jüngsten Entwicklungen in den jeweiligen Regionen darstellten. Ein vierter Beitrag erläuterte die verschiedenen Einsätze der Marine vor dem Libanon (UNIFIL), im Mittelmeer (Active Endeavour) und um die arabische Halbinsel (Enduring Freedom). Entgegen dem offiziellen Mandat zielten diese Einsätze auf Schmuggel und Piraterie, also auf die Sicherung der Transportwege ab. Zudem seien die Einsätze der Marine räumlich kaum eingegrenzt und völlig übermandatiert, was bedeute, dass die Bundeswehr ihre Präsenz ohne weiteres Mandat vor allem in nord- und ostafrikanischen Ländern sowie vor den Küsten der Golfstaaten bei Bedarf erheblich erhöhen könne. Eine Befriedung hätten all diese Einsätze bislang nicht gebracht.

Von KSK bis Rekrutierung

Den Sonntagmorgen eröffnete Claudia Haydt mit einem Beitrag zum Kommando Spezialkräfte (KSK), das sie als Speerspitze und Achillesferse der Bundeswehr zugleich beschrieb. Hannelore Tölke vom „Netzwerk gegen Militärstandorte und ihre Auswirkungen“ (NEMA) stellte drei deutsche Militärbasen und die Kämpfe gegen sie ins Zentrum ihres Vortrages. Jonna Schürkes, Mitarbeiterin der IMI, begann den letzten Einzelbeitrag über „Sozialabbau als Rekrutierungshilfe der Bundeswehr“, indem sie als zentrales Dilemma beschrieb, dass die steigenden Auslandseinsätze, Todesopfer und insbesondere Traumatisierungen den Soldatenberuf immer unattraktiver machen würden. Vor diesem Hintergrund fiele es der Bundeswehr zunehmend schwerer, an junge Rekruten zu gelangen, um den Bedarf zu decken. Um dem entgegenzuwirken sei eine aggressive Werbekampagne in Medien, Schulen und Universitäten angelaufen, mit dem Ziel, den Dienst in der Truppe „schmackhaft“ zu machen.

Tobias Pflüger regte abschließend an, die gesammelten Ideen und vertretenen Gruppen auf der Homepage der Informationsstelle Militarisierung zu dokumentieren. Er wies auf die Bedeutung des EU-Reformvertrages hin: „Wir müssen das Ausmaß der Militarisierung, die nicht nur durch die Transformation der Bundeswehr bereits umgesetzt ist, sondern im neuen Reformvertrag festgeschrieben werden soll, sichtbar machen!“ *IMI-Bericht (gekürzt)* ■

Front National: Der Kongress vor dem Sturm?

Als „bedeutungsloses Ereignis“ (non-événement) qualifiziert die rechtsextreme, doch relativ parteiunabhängige Wochenzeitung ‚Minute‘ in ihrer jüngsten Ausgabe vom 21. November 07 die Wiederwahl von Parteichef Jean-Marie Le Pen an der Spitze des Front National (FN). Es hatte keinen Gegenkandidaten für die „Präsidentschaft“ der rechtsextremen Partei, die Jean-Marie Le Pen seit ihrem Gründungskongress im Oktober 1972 anführt, gegeben. Noch einmal blieb „der Kapitän“, wie Le Pen (Sohn eines 1942 auf eine Mine aufgelaufenen bretonischen Fischmeisters) sich gerne selbst bezeichnet, alleiniger Herr an Bord. Ein letztes Mal. Dieses Mal hatte der alternde Parteichef, der im Juni kommenden Jahres 80 wird, immerhin erklärt, dass es sein letztes dreijähriges Mandat an der Parteispitze sein werde. Seine „letzte Amtszeit“ für die Jahre 2007-2010 läutet damit auch offiziell eine „Übergangsphase“ ein.

97,67 % der Stimmen für seine Wiederwahl hatte Jean-Marie Le Pen bekommen. Der Rest entfiel auf (in der Regel bewusst) ungültig abgegebene Stimmen, da, mangels Gegenbewerber, keine Gegenstimmen abgegeben werden konnten. Das wäre alles nicht weiter der Rede wert, gäbe es da nicht eine wichtige Neuerung in der Form: Es waren die einzelnen Parteimitglieder, die (in der Regel per Briefwahl) vor dem Kongress ihre Stimme für den neu-alten Parteichef oder auch für die künftigen Mitglieder des „Zentralkomitee“ genannten Leitungsgremiums abgaben. Und nicht, wie in der Vergangenheit, die (theoretisch) gewählten, aber in der Praxis oft durch die Bezirkssekretäre ernannten Kongressdelegierten, die früher in offener Abstimmung per erhobener Hand den Chef „zu 100 Prozent“ im Amt bestätigten. Diesen Wandel hatte die Cheftochter Marine Le Pen durchgesetzt, da sie vermutete, unter den „einfachen Mitgliedern“ populärer zu sein als unter den Altfunktionären und langjährigen Kadern der Partei, die ihren „Modernisierungs“bestrebungen skeptisch gegenüber stehen.

Ein großer Nachteil dabei: Diese Wahlmethode erlaubt, bei der Auszählung auch festzustellen, wie viele Parteimitglieder der FN wirklich hat. Und dies in einer Phase, wo die rechtsextreme Partei in echten Schwierigkeiten und Engpässen steckt. Die reale Anzahl der Mitglieder wurde darum auch beim FN-Parteitag in Bordeaux (17./18. November) wie ein Staatsgeheimnis gehütet: Die Wahlergebnisse für die Führungsmitglieder wurden nicht in absoluten Zahlen, sondern in Prozentergebnissen bekannt gegeben. Übrigens blieb auch die Zahl der Teilnehmer an dem Kongress, der dieses Mal mitgliederoffen war, geheimnisumwoben – die Parteiführung unterließ jedes (offiziell angekündigte) Auszählen, französische bürgerliche Medien bezifferten die anwesenden Aktivisten jedoch auf rund 200.

‚Minute‘, die bei grundsätzlicher Sympathie für den FN eine gewisse Unabhängigkeit gegenüber seiner aktuellen Parteiführung unter Beweis stellt, gibt nunmehr die Anzahl der durch die Abstimmung zu Tage getretenen Mitglieder des FN mit „13.000 bis 15.000“ an. (Die Parteiführung behauptet offiziell, sie liege zwischen 40.000 und 80.000. Die letzten verfügbaren Zahlen, die nachprüfbar sind, betreffen den letzten Moment unmittelbar vor der großen Spaltung des FN im Dezember 1998 – Le Pen/Mégret –, in deren Verlauf Gerichtsdiener die Mitgliederakten überprüften: Damals gab es 42.000 Beitrag zahlende Parteimitglieder. Seitdem, so lautet ein offenes Geheimnis, ist die Mitgliederzahl stark zurückgegangen.) Gleichzeitig ist zu erfahren, dass die Teilnahmequote an der Wahl von Parteichef und Vorstand, gemessen an der offiziellen Mitgliederzahl, bei 51,4 % liege. Also mutmaßlich irgendwo zwischen 6.000 und 8.000 Abstimmenden. Damit dürfte unterdessen klar sein, dass die reale Mitgliederzahl des FN, nach Abzug von Karteileichen, heute eindeutig im einstelligen Tausenderbereich liegen dürfte. Also eine vierstellige, und nicht mehr länger eine fünfstellige Anzahl sein dürfte.

Unter den prominenten Vorstandsmitgliedern, die zur (Wieder)Wahl standen, erhielt Bruno Gollnisch mit 85,14 % das höchste Ergebnis, und Marine Le Pen mit 75,76 % das zweithöchste. ‚Minute‘ interpretiert dieses Ergebnis dergestalt, dass „fast alle ‚Marinisten‘ für Bruno Gollnisch gestimmt haben, aber ein kleiner Teil der ‚Gollnischianer‘ nicht für sie (die Le Pen-Tochter) votierte“. Die beiden künftigen großen Rivalen haben nun, aller Wahrscheinlichkeit nach, dergestalt Aufstellung bezogen. Zwar galt Gollnisch in den letzten Monaten als „aus dem Rennen geworfen“, nachdem er im August eine schwere Herzoperation erlitten hatte. In jüngster Zeit hat er allerdings dennoch seinen Willen bekräftigt, doch künftig im Rennen um den FN-Vorsitz dabei zu sein. Als dritter Mann könnte eventuell ein anderer langjähriger Kader, der – ebenso wie Altfunktionär Gollnisch – „Marines“ Kurs potenziell zu moderat und zu „modernisierungsfreudig“ findet, in Gestalt von Carl Lang noch mitmischen. Allerdings hört man nicht mehr viel vom vierten Anwärter auf die „Präsidentschaft“ des FN, Jean-François Touzé, auch wenn seine Linie „in der Sache“– die auf eine Wiedervereinigung der französischen extremen Rechten, also mit den 1999 zusammen mit Bruno Mégret abgegangenen Aktivisten, abzielt – unter den Kongressteilnehmern populär zu sein schien. Denn der Marine-Vertraute und jetzige Generalsekretär des FN, Louis Aliot, erhielt nicht nur ein schlechtes Wahlergebnis zum Vorstand, sondern wurde noch zusätzlich (bei der Verkündung der Stimmergebnisse) ausgepfiffen. Ihm wird allem Anschein nach durch die Kader vorgeworfen, dass er – im Namen der Bedürfnisse der „Modernisierung“ – eine Wiederannäherung an die dereinst mit Mégret aus der Partei ausgetretenen Rassenkundler und Neuheiden verhindern möchte. „Wenn er allein so stark ist, dann soll er sie doch selbst alleine aufstellen, seine Listen zu den Kommunalwahlen (im März 2008)!“, tönte etwa ein Kongressdelegierter, der Aliot zusammen mit anderen ausgebuht hatte.

Zwischen Marine Le Pen und Bruno Gollnisch dürfte damit nunmehr, hinter den Kulissen, alsbald der Erbfolgekrieg entbrennen.

Ausführlicheres zum Kongress und seinen Hintergründen berichten wir noch in der kommenden Ausgabe der AN.

BhS, Paris ■

Die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen NRW (LAGA) hat eine Expertise der Arbeitstelle Neonazismus an der Fachhochschule Düsseldorf herausgegeben zum Thema: Rechtspopulismus in Gestalt einer „Bürgerbewegung. Struktur und politische Methodik von PRO NRW und PRO Deutschland. Sie ist kostenlos zu beziehen über LAGA NRW, Helmholtzstr. 28, 40215 Düsseldorf, email: info@laga-nrw.de

Hannoversches Congress Centrum spendet Einnahmen aus NPD-Veranstaltung

HANNOVER. Am 15.9.07 führte die NPD eine Auftaktwahlveranstaltung zu den Landtagswahlen in Niedersachsen 2008 durch. Die Vermietung der städtischen Räume konnte nicht verhindert werden. Den gesamten Gewinn aus der Vermietung des Congress Centrums (HCC) an die NPD hat die Stadt Hannover dem Projekt „Exit" gespendet. Die Hannoversche Allgemeine Zeitung schreibt dazu: „Exit unterstützt Menschen, die aus der rechtsextremen Szene aussteigen wollen. Im Werksausschuss stimmte auch die CDU für einen rot-grünen Antrag, 2.500 Euro an die Amadeu Antonio Stiftung zu überweisen, die „Exit" unterstützt. Nur die FDP lehnte es ab, den Gewinn abzugeben.

Quelle: „Hannoversche Allgemeine Zeitung", 21.11.07 ■

Deutsche Rüstungstransfers gefährden Menschenrechte

BERLIN, 7.11.2007. Mit Kritik haben amnesty international (ai) und Oxfam Deutschland auf den Rüstungsexportbericht 2006 der Bundesregierung reagiert. Wie in den Vorjahren zeige das späte Veröffentlichungsdatum, dass zeitnahe Transparenz nicht gewollt sei, kritisierten die Organisationen. Besorgniserregend seien insbesondere die Genehmigungen für Exporte von Kleinwaffen, Panzern, Kriegsschiffen und anderen Rüstungsgütern in Staaten mit bedenklicher Menschenrechtslage und Krisengebiete. So lieferte Deutschland an die Türkei Leopard-2-Panzer, die möglicherweise im aktuellen Konflikt im türkisch-irakischen Kurdengebiet eingesetzt werden könnten. Auch für Pakistan wurden beträchtliche Lieferungen von Rüstungsgütern genehmigt.

Obwohl die Bundesregierung eine restriktive Rüstungsexportpolitik für sich beansprucht, genehmigte Deutschland 2006 den Export von fast 5.800 Maschinenpistolen und etwa 10.000 Schnellfeuergewehren. Empfänger waren unter anderem Malaysia, die Philippinen, Saudi-Arabien und Thailand. „Erneut stellt sich die Frage, was die Bundesregierung bewogen hat, diese Rüstungstransfers in Staaten mit einer so problematischen Menschenrechtslage zu genehmigen", kritisierte Mathias John, Rüstungsexperte von ai. "Wir brauchen deutlich mehr Transparenz. Die Empfänger und die gelieferten Waffentypen müssen genau benannt werden." Die Bundesregierung unterstütze zwar ein restriktives internationales Kontrollabkommen für konventionelle Rüstungsgüter. „Bei der eigenen Exportpraxis geht sie aber leider nicht mit gutem Beispiel voran", sagte Robert Lindner, Sprecher von Oxfam Deutschland. „Dies zeigt, dass Absichtserklärungen alleine nicht reichen. Nur mit weltweit verbindlichen Kontrollstandards lassen sich unverantwortliche Rüstungstransfers künftig verhindern." Auf Kritik stößt auch die Entscheidung der Bundesregierung, im Rüstungsexportbericht nicht über militärisch wie auch zivil nutzbaren („dual use") Güter sowie sogenannte Sicherheitstechnologie (Elektroschockwaffen u.a.) zu berichten. Die Organisationen haben dokumentiert, dass insbesondere letztere immer wieder bei Menschenrechtsverletzungen eingesetzt werden. ai, Oxfam und das Internationale Aktionsnetz zu Kleinwaffen setzen sich mit der Kampagne „Waffen unter Kontrolle" für ein weltweit verbindliches Waffenhandelsabkommen ein.

Quelle: Pressemitteilung amnesty international, Oxfam Deutschland ■

Rechte Veranstaltung am Volkstrauertag ohne Bundeswehr

BERLIN. Die rechte „Heldengedenkfeier" des „Ringes Deutscher Soldaten" in Berlin fand dieses Jahr ohne die Bundeswehr statt. „Die Teilnahme von Soldaten der Bundeswehr an den Feierlichkeiten am Volkstrauertag auf dem alten Garnisonsfriedhof am Columbiadamm in Berlin ist durch das Standortkommando Berlin untersagt worden. Reservisten wurde für diese Veranstaltung das Tragen der Uniform auch außerhalb eines Wehrdienstverhältnisses untersagt." Das teilte die Bundesregierung auf Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke mit.

Seit einigen Jahren versammeln sich auf dem Friedhof rechte bis rechtsextreme Vereinigungen: NPD, DVU, Kameradschaftsangehörige, Stahlhelm, Burschenschaftler, Vertriebenenverbände. Bei den Ansprachen wurden außerdem Organisationen wie die Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS (HIAG) und die Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger aufgerufen. Zu diesen gesellte sich in der Vergangenheit die Bundeswehr, die einen Trompeter stellte und ausländische Militärattachés betreute.

Die Fraktion DIE LINKE. hatte dies in einer Kleinen Anfrage bereits im Vorjahr thematisiert (Drucksache 16/3963). „In Form einer Schriftlichen Frage habe ich mich danach erkundigt, ob bzw. wie die Bundeswehr sich in diesem Jahr von dieser Veranstaltung distanzieren wolle", so Ulla Jelpke. „Gut, dass nun tatsächlich ein Teilnahmeverbot ausgesprochen wird. Zu hoffen wäre, dass sich die Bundeswehr nun endlich von jeglicher wehrmachtsverherrlichender Traditionspolitik frei macht. Da hat sie allerdings noch viel zu tun. Wir geben da gerne Nachhilfe. Für den Volkstrauertag habe ich eine Kundgebung am Columbiadamm angemeldet. Wir werden die Einhaltung des Teilnahmeverbots überprüfen.

Frage und Antwort unter www.ulla-jelpke.de, Infos zur Kundgebung:

http://www.bamm.de/termine/Flugblatt_Heldengedenken.pdf

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE ■

Wichtiger Erfolg der antifaschistischen Proteste gegen Naziaufmarsch am 1.12.

BERLIN. Am 1. Dezember will die neofaschistische NPD gemeinsam mit ihren sogenannten „Kameradschaften," eine große Kundgebung und evtl. Demonstration in Berlin-Treptow/Neukölln organisieren. Dafür wird von ihnen weit über Berlin hinaus mobilisiert. Dagegen haben sich breite Proteste entwickelt. Die Aufrufe der „Antifaschistischen Initiative 1. Dezember", vom Bündnis für Demokratie und Toleranz und der „Antifaschistischen Linken" werden von einem breiten gesellschaftlichen Spektrum unterstützt. Die Personalversammlung der Treptower und Köpenicker Lehrer und Erzieher hat am 29.10. einstimmig ein Verbot der NPD sowie der Nazi-Kundgebung/Demonstration am 1.12. gefordert und zur Unterstützung einer Gegenkundgebung, Demonstration und eines Straßenfestes um 10.30 Uhr am Sterndamm/Ecke Großberliner Damm (Nähe S-Bhf-Schöneweide) aufgerufen.

Aufgrund der angekündigten vielfältigen Proteste der Antifaschisten hat die Polizei bei dem Anmeldergespräch am 19.11 erklärt, dass sie nicht in der Lage sei die von den Nazis angemeldete Demonstration vom S-Bhf Schöneweide über den Sterndamm zur Rudower Spinne, die notwendige Begleitung und den Schutz von deren „Demonstrationsrecht" zu gewährleisten. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Erfahrung des letzten Jahres, wo hunderte von Menschen mit einer couragierten Blockade des Sterndamms die Nazidemonstration auf dieser Strecke verhinderten. Dass diese deshalb ihre Demonstration jetzt nicht auf ihrer in verschiedenen Jahren genutzten Strecke durch die Wohngebiete in Treptow/ Johannestal durchführen können, ist ein Ergebnis der breiten antifaschistischen Proteste.

Am 1. Dezember werden die Antifaschisten nicht nur Treptows und Neuköllns für ein Verbot der NPD und gegen deren für diesen Tag geplante Aktivitäten demonstrieren. Machen wir nach dem großen Erfolg der Unterschriftensammlung der VVN, diesen Tag zu einem Signal, den Kampf für ein Verbot der NPD und gegen die Nazi-Aktivitäten zu verstärken! Keinen Fußbreit den Faschisten!

Treffpunkt 1.12. um 10 Uhr 30, Treptow, Sterndamm/Ecke Großberliner Damm (Nähe S-Bhf-Schöneweide)

Prof. Dr. Heinrich Fink, Dieter Ilius ■

Nur 20.000 erhielten Bleiberecht

Die Fraktion DIE LINKE. hat eine Kleine Anfrage zur Umsetzung des Bleiberechtsbeschlusses der Innenministerkonferenz (IMK) vom November 2006 gestellt. Zur jetzt eingetroffenen Antwort der Bundesregierung erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion, Ulla Jelpke:

Nach den nun vorliegenden Zahlen war der Bleiberechtsbeschluss wie befürchtet ein Schlag ins Wasser. Die meisten Betroffenen bleiben von einem dauerhaften Aufenthaltstitel ausgeschlossen.

Mit dem Stichtag 30. September 2007 endete die Bleiberechtsregelung, auf die sich die Innenminister der Länder vor einem Jahr geeinigt hatten. Damals, am 30. Oktober 2006, hielten sich über 100.000 Personen länger als sechs Jahre in Deutschland auf, deren Aufenthalt nur geduldet wurde. Im Rahmen der IMK-Regelung stellten 72.000 von ihnen einen Antrag auf ein Bleiberecht. Von diesen erhielten weniger als 20.000 eine Aufenthaltserlaubnis, fast 30.000 wurden lediglich weiter geduldet, um sich einen Arbeitsplatz zu suchen. 8.000 Anträge wurden abgelehnt, zumeist wegen fehlender Passpapiere. Über 19.000 Menschen warten bis heute darauf, dass über ihren Antrag entschieden wird.

In der Konsequenz werden nach dem Auslaufen der IMK-Regelung immer noch 81.500 Menschen, die länger als sechs Jahre in Deutschland leben, lediglich geduldet. Da die Bleiberechtsregelung nach dem neuen § 104 Aufenthaltsgesetz wie die IMK-Regelung lediglich eine Stichtagsregelung ist, wird diese Zahl mittelfristig wieder steigen. Das Problem der Kettenduldungen ist nicht behoben worden. Eine großzügige und dauerhafte Bleiberechtsregelung steht daher für DIE LINKE. weiterhin auf der Tagesordnung.

Die Kleine Anfrage und die Antwort können auf meiner homepage abgerufen werden: http://www.ulla-jelpke.de/news_detail.php?newsid=701

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE ■

Durchsetzung von Menschenrechten ist Aufgabe des Staates

BERLIN. Die Unionsfraktion hat Forderungen der SPD-Fraktion und von Menschenrechtsgruppen nach einem erleichterten Zugang von „Illegalen“ zur Gesundheitsversorgung abgelehnt. Sie betont das ordnungsrechtliche Interesse des Staates, das über den Menschenrechten zu stehen habe. Dazu erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag:

Die Union zeigt ein völlig falsches Verständnis von Menschenrechten und der Rolle des Staates. Ordnungspolitik legitimiert sich nicht aus sich selbst heraus. Sie dient der Durchsetzung von Menschenrechten. Das unterscheidet den Rechtsstaat vom Obrigkeitsstaat des 19. Jahrhunderts. Das sollte auch die Union langsam begriffen haben.

Die Forderungen von Menschenrechtsgruppen sind richtig und zuunterstützen: Die umfassende Wahrnehmung der sozialen Menschenrechte muss auch für Menschen ohne regulären Aufenthaltstitel gesichert sein. Dazu gehören der Kindergarten- und Schulbesuch und die Einklagbarkeit von vorenthaltenem Lohn. Übermittlungspflichten von Behörden und Gerichten an die Ausländerbehörden verhindern effektiv den Menschenrechtsschutz. Sie haben in einem Rechtsstaat nichts verloren.

Es ist nicht zuletzt die restriktive Flüchtlings- und Abschiebepolitik, die Menschen in Deutschland in die aufenthaltsrechtliche Illegalität drängt. Gerade die von der Union forcierte Ordnungspolitik trägt daran eine Mitschuld. Wenn die Unionsfraktion es ernst meint mit den Menschenrechten, dann sollte sie hier einen Politikwechsel einleiten.

Ulla Jelpke, MdB
Innenpolitische Sprecherin
Fraktion DIE LINKE ■

Irakflüchtlinge in Deutschland: Haft statt Schutz

Flüchtlinge aus dem Irak sind ohne Zweifel schutzbedürftig und nach ihren Fluchterlebnissen oft in einem erbärmlichen psychischen Zustand. Dennoch kommen sie immer häufiger in Deutschland in Haft. Der Hintergrund: Vermutet man, dass sie bereits den Boden eines anderen EU-Staates betreten haben, sollen sie nach den europäischen Zuständigkeitsregelungen der Dublin-II-Verordnung dorthin rücküberstellt werden. Bis zur Rückführung werden sie in Zurückschiebungshaft genommen.

Ihr Asylantrag wird nicht geprüft, auch nicht im sog. Flughafenverfahren. Obwohl nach internationalem Recht Haft die Ausnahme und im Übrigen auf ein Mindestmaß beschränkt bleiben soll, greift hier praktisch ein Automatismus. Wer ein Schutzbedürfnis äußert, muss mit monatelanger Haft rechnen.

Da die Zuständigkeitsregelung der Dublin-II-Verordnung nur für diejenigen gilt, die einen Asylantrag stellen, ergibt sich ein absurdes Ergebnis: Wer seine Verfolgung schildert und damit ein Asylbegehren äußert, dem droht fast ausnahmslos die Haft, falls es Anhaltspunkte dafür gibt, dass er in einem anderen EU-Staat gewesen ist. Wer lediglich angibt, er stamme aus dem Irak und sei z.B. aus touristischen oder familiären Gründen gekommen und gegen seine Abschiebung keine Einwände erhebt, der darf einreisen. Denn in diesem Fall ist Deutschland für ihn zuständig und hierzulande besteht ein Abschiebungsstopp in den Irak.

Allein im Zuständigkeitsbereich der für den Flughafen München zuständigen Ausländerbehörde Erding saßen nach Informationen des Bayerischen Flüchtlingsrates vor Kurzem gleichzeitig 25 Iraker in Haft, denen die Rücküberstellung nach Griechenland droht. Unter ihnen sind viele Christen, die schildern, dass die Situation für sie im Irak immer bedrohlicher wurde. Dies interessiert Deutschland nicht. Es wird auch nicht geprüft, ob die Betroffenen in Griechenland Zugang zu einem Asylverfahren hatten und unter welchen Umständen sie sich dort aufgehalten haben.

PRO ASYL hat vor Kurzem einen Bericht veröffentlicht, der belegt, dass Griechenland neu ankommende Flüchtlinge regelmäßig inhaftiert, in den meisten Fällen kein Zugang zum Asylverfahren gegeben ist und die Lebensumstände in den griechischen Haftlagern menschenrechtswidrig und unerträglich sind.

PRO ASYL hat bei In-Kraft-Treten des Zuwanderungsänderungsgesetzes prognostiziert: Es werden mehr Menschen in Abschiebungshaft landen. Die Zukunft hat schon begonnen: Haft bis zur Rücküberstellung nach Griechenland, in ein Land, das ausweislich seiner Asylstatistik fast niemandem Schutz gewährt und in dem Flüchtlinge das Freiwild der Behörden sind.

PRO ASYL fordert: Das Asylbegehren muss in jedem Fall als Erstes vom BAMF geprüft werden.

Ingewahrsamnahme/Haft darf nur noch nach den Regeln des Flughafenasylverfahrens (§ 18 a AsylVerfG) verhängt werden.

Haft muss die Ausnahme bleiben und darf nur für kurze Zeit verhängt werden.

Eine Rücküberstellung nach Griechenland darf nicht durchgeführt werden, solange dort die Lebensbedingungen für Schutzsuchende unerträglich sind und ein ordnungsgemäßes Asylverfahren nicht gewährleistet ist.

Quelle: PRO ASYL, Bayerischer Flüchtlingsrat ■

Abstellgleis Sonderschule: Roma in der Slowakei haben kaum Bildungschancen

BERLIN, 9. NOVEMBER 2007. Keine Chance auf Bildung, keine Chance auf Integration, keine Chance auf eine bessere Zukunft: So beschreibt ein heute veröffentlichter Bericht von amnesty international (ai) das Schicksal vieler Roma-Kinder in der Slowakei. Überdurch-

schnittlich viele Roma werden in Sonderschulen für geistig behinderte und lernschwache Schüler oder in reine Roma-Schulen mit vereinfachtem Lehrplan abgeschoben. ai fordert die slowakische Regierung auf, das grundlegende Menschenrecht auf Bildung frei von jeglicher Diskriminierung für die Roma umzusetzen.

„Roma-Kinder in der Slowakei erhalten eine deutlich schlechtere Schulbildung als ihre slowakischen Altersgenossen und verlieren so die Chance auf weiterführende Bildung, gesellschaftliche Integration und Arbeit“, sagte Katharina Spieß, ai-Expertin für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte. „Die Ausgrenzung im slowakischen Bildungswesen verstärkt die Armut und Perspektivlosigkeit der Roma.“ Ein Drittel der etwa 500.000 Roma lebt in Baracken-Siedlungen am Rande der großen Städte, meist ohne Zugang zu Wasser- und Stromversorgung, ohne Sanitäreinrichtungen und ohne gepflasterte Straßen. „Die Regierung in Bratislava muss die massive Benachteiligung der Roma endlich bekämpfen. Die bisherigen Maßnahmen gegen Diskriminierung und Armut sind bei weitem nicht ausreichend“, sagte Spieß. So scheitert Bildung oft bereits am Schulweg, weil es für die Roma-Kinder keine Busse gibt. Doch nicht nur die Slowakei sei gefragt, eine entscheidende Rolle komme auch der Europäischen Union zu. „Die EU muss die Slowakei technisch und finanziell unterstützen.“ Darüber hinaus müsse die Roma-Gemeinschaft in alle Entscheidungen aktiv einbezogen werden.

Quelle: Pressemitteilung amnesty international ■

„Ihr müsst uns als Menschen betrachten!“ Ein Bericht aus Athen, Patras – November 2007

„Keine Flüchtlinge sollen nach Griechenland einreisen, aber es sollen auch keine ausreisen“, so liest sich zur Zeit die griechische Asylpolitik. In der Praxis heißt das, dass viele Flüchtlinge beim Versuch die Grenzen zu überqueren ihr Leben lassen. Sie ertrinken zwischen dem türkischen Festland und den griechischen Inseln, nicht nur weil viele nicht schwimmen können, sondern auch weil die griechische Küstenwache mit ihren gefährlichen Seemanövern die Boote der Asylsuchenden aus den griechischen Gewässern in die türkischen abdrängt, ihnen die Paddel wegnimmt und sie auf hoher See bedroht. In anderen Fällen setzt die Küstenwache die Flüchtlinge auf unbewohnten Inseln aus und überlässt sie dort ihrem Schicksal. Wer es trotzdem schafft griechischen Boden zu betreten wird in der Regel festgenommen, Herkunft und Personalien werden aufgenommen und Fingerabdrücke in Eurodac registriert, nur um dann ohne jeglichen Hinweis von Seiten der Behörden auf das Recht auf Asyl in ein Abschiebelager gebracht zu werden.

Die aktuelle Situation in Patras

Seit mehr als 10 Jahren existiert in Patras nur 15 Minuten Fußmarsch vom Hafen entfernt eine informelle Barackensiedlung von Flüchtlingen. Zunächst in kurdischer Hand leben dort ohne Wasser- und Stromanschluss und ohne jeglichen Sanitäranlagen seit einigen Jahren ausschließlich Afghanen auf einem Privatgrundstück. Aktuell ist die Zahl der Flüchtlinge auf 700-1 000 gestiegen. In der Mehrheit ist die Siedlung ein Transitort für die Durchreise nach Italien. Aber es leben auch einige Flüchtlinge dort, die entweder Asylantrag gestellt haben oder andere die aufgrund der Dublinkonvention aus einem anderen Schengen-Mitgliedsstaat wieder nach Griechenland als Erstaufnahmeland abgeschoben wurden und jetzt entweder papierlos oder mit rosa Karte (Duldung mit Arbeitserlaubnis) in Griechenland leben.

Täglich begeben sich die Flüchtlinge auf einen neuen Ausreiseversuch mit einer kleinen Tüte oder Tasche ihrer gesamten Habe zum Hafen. Sie warten am Zaun auf den richtigen Augenblick, klettern hinüber, rennen zu den LKWs und verstecken sich in Containern und zwischen den Reifen. Oftmals versuchen sie es täglich bis zu 30 Mal und nicht selten lassen sie ihr Leben auf dem Weg in ein besseres Europa. Auf dem Friedhof in Patras sind 11 Afghanen begraben. Der letzte Tote konnte nicht mehr begraben werden, weil die Friedhofsverwaltung sich weigerte weiteren Flüchtlingen einen Platz zu gewähren. Die Flüchtlinge sahen sich gezwungen untereinander Geld zu sammeln, um ihn in Afghanistan begraben zu lassen.

Stellt einer der Flüchtlinge Asylantrag, so begegnet er anderen Schwierigkeiten. Asylanträge werden theoretisch von der Ausländerpolizei bearbeitet, jedoch sind die Behörden unterbesetzt und ungewillt zu helfen, was zu langen Wartezeiten oder gar völlig unsorgsamer Bearbeitung der Anträge führt. In den letzten 8 Monate haben 550-600 Personen Asyl beantragt. Davon haben 120 die rosa karte bekommen (Duldung mit Arbeitserlaubnis). Den Übrigen wurde sogar die rosa Karte abgelehnt und sie wurden aufgefordert innerhalb eines Monats das Land zu verlassen.

In den letzten Wochen haben offizielle Stimmen gegen die Flüchtlingssiedlung wieder Konjunktur. „Die Rechte der Flüchtlinge hören dort auf, wo die der Lokalbevölkerung anfangen!“ verkündete der Bürgermeister von Patras erst kürzlich. Auf politischer Ebene wird lokal darüber debattiert, wohin „das Problem“ verlagert werden könnte, ob man die Afghane verdrängt, ob man ihnen einen alternativen Ort anbietet und wie man verhindern kann, dass noch mehr kommen. Die Lösung erscheint den Politikern naheliegend: Militarisierung des Hafens als abschreckende Abwehrmaßnahme. Auch der Vereinigung der Händler fordert das die Afghanen gehen müssen. Auch die Medien hetzen gegen die afghanischen Flüchtlinge und verbreiten ein Negativbild in der Bevölkerung.

Die einzige organisierte Unterstützung in Patras erfahren die Flüchtlingen von der Kirche (Essen) und vom griechischen Roten Kreuz in Patras, welches als einzige NGO ein Programm für Minderjährige trägt.

Forderungen der afghanischen Flüchtlinge in Patras

Nach einem ersten Treffen des Netzwerkes zur Unterstützung von Flüchtlingen und Migranten mit den Flüchtlingen in Patras haben sie uns bei einem folgenden Plenum in Anwesenheit anderer lokaler Unterstützergruppen eine Liste mit ihren Forderungen übergeben:

1. Zugang zu Informationen über unsere Rechte als Flüchtlinge in Griechenland und Europa
2. Hilfe zur Stellung von Asylanträgen
3. Psychologische Hilfe für die Traumatisierten
4. Kontakt zur Gesellschaft und speziell zu Solidaritätsgruppen, um Ansprechpartner zu finden und Probleme sofort lösen zu können
5. Verbesserter Zugang zu Krankenhäusern
6. Mehr Übersetzer (Nur wenige von uns können Griechisch. Das sind diejenigen, die Arbeit haben. Sie müssen sich bei ihrem Chef freinehmen, um die anderen zu begleiten und zu übersetzen und verlieren oft dadurch ihre Arbeitsstellen.)
7. Informationen über die rechtliche Situation von Flüchtlingen in anderen europäischen Ländern
8. Unterstützung gegen die Hetzstimmung in der Stadt, zu ihrer Abarbeitung und dem Wecken von mehr Verständnis für unsere Lage in der Bevölkerung
9. Verbesserung unseres Bildes in den Massenmedien von Patras auf realistische und aufklärende Weise
10. Die Situation in Afghanistan bekannter machen, damit es nachvollziehbarer wird, warum wir fliehen und Asyl suchen
11. Verbesserung der Infrastruktur in der Siedlung (Strom- und Wasserversorgung, Sanitäranlagen etc.)

„Wir wollen nicht viel vom griechischen Staat und auch nicht von der Bevölkerung. Wir wollen nur unsere Menschenrechte!“

Cconni Gunsser, Auszüge an Bericht Pro Asyl ■

Frankreich: Programmrede von „Einwanderungs- und Identitätsminister" Brice Hortefeux

Arbeitsmarkt & Einwanderung werden zum Gegenstand neuer Regulierung

In seiner programmatischen Ansprache vom 7. November 2007 rechtfertigte der französische Minister „für Zuwanderung, Integration und nationale Identität" Brice Hortefeux die Existenz seines umstrittenen Ministeriums sowie die von ihm festgelegten Sollziffern. Insbesondere jene von 25.000 durchzuführenden Abschiebungen von illegalisierten Einwanderern im Jahr 2007 (wovon laut Angaben des Amtsinhabers in den ersten zehn Jahresmonaten 18.600 effektiv durchgeführt werden konnten). Daneben sprach der Minister auch zum Thema Arbeitsmarkt & Immigration. Hortefeux kündigte dabei eine doppelte Stoßrichtung der Regierungspolitik an:

1) Die „unteren" Bereiche des Arbeitsmarkts, von der Bauindustrie bis hin zu Jobs als landwirtschaftliche Helfer oder als Gaststättenpersonal, sollen verstärkt für osteuropäische Bürger/innen aus den neuen Beitrittsländern der Union geöffnet werden. Statt bislang 61 Berufen (welche 25 Prozent des Arbeitsmarkts umfassen), für die laut Brice Hortefeux seit 2006 rund 2.000 Arbeits-und Aufenthaltsgenehmigungen für Osteuropäer/innen erteilt worden sind, sollen ihnen nunmehr 150 Berufe oder theoretisch 40 % des französischen Arbeitsmarkts geöffnet werden. 89 Berufe sollen also der Liste der etwa für PolInnen, RumänInnen und BulgarInnen geöffneten Berufssparten, die zum 1. Mai 2006 definiert worden ist, hinzugefügt werden. Dabei geht es vor allem um solche Tätigkeiten, die von Französinnen und Franzosen, überwiegend aufgrund der dort „angebotenen" Lohn- und/oder Arbeitsbedingungen, „ungern" verrichtet werden.

2) Hingegen soll für die außereuropäische Immigration nur ein kleiner Bereich (30 Berufssparten) von entweder hochqualifizierten Tätigkeiten oder ausgesprochenen Mangelberufen geöffnet werden. Dabei setzt Hortefeux, neben einer höchst selektiven generellen Öffnung – die eine schmale Sparte des Arbeitsmarkts betrifft –, auf bilaterale Abkommen mit ausgewählten Herkunftsländern von Migranten, um bestimmte spezifische Bedürfnisse abzudecken.

Beispielhaft führte Hortefeux ein Abkommen mit den Philippinen, die zur Zeit der größte „Exporteur" qualifizierten Pflegepersonals weltweit – etwa in die USA – sind, für die Arbeitserlaubnis für eine kleinere Anzahl ausgesuchter Pflegekräfte an. Auch nannte Hortefeux ein in Kürze abgeschlossenes Abkommen mit der Demokratischen Republik Kongo (Ex-Zaire), das es 100 oder 150 jungen Ingenieuren oder Führungskräften erlauben soll, zeitweise in Frankreich zu arbeiten und ihre Ausbildung zu vervollständigen. Generell ist an ein Rotationssystem gedacht, wobei bestimmte Länder oder Ländergruppen für eine „prioritäre (vorrangige) Solidarität" definiert werden sollen. Die Staatsbürger der letztgenannten Länder sollen sich maximal sechs Jahre, also konkret mit einem Aufenthaltstitel für drei Jahre und einmaliger Erneuerbarkeit, zu Arbeitszwecken in Frankreich aufhalten dürfen. Gerechtfertigt wird dies damit, dass man diese Länder nicht „ihrer Eliten berauben" möge, indem man die „Flucht der Gehirne" organisiere – während man in Wirklichkeit genau dies tut, da man diesen Ländern ihre Ausbildungseliten (deren Bildung Frankreich nicht selbst bezahlen musste) zugunsten des nationalen Standortstaats abwirbt, und sei es nur auf Zeit, während man die „unqualifizierte" Migration nur unter „illegalen" Bedingungen zulässt. Dabei bildet gerade Letztere, aufgrund der hohen Summen der Überweisungen von ArbeitsmigrantInnen in ihre Herkunftsländer (rund 15 % im Durchschnitt pro Kopf), eine der wichtigsten Devisen- und damit Entwicklungsquellen für die Herkunftsländer. Und die „gering qualifizierten" ArbeitsmigrantInnen überweisen dabei pro Nase oft einen wesentlich höheren Anteil an ihrem Einkommen, da die Hochqualifizierten schneller eigene, persönliche Bedürfnisse entwickeln und sich schneller in die Aufnahmegesellschaft integrieren.

Kritische ExpertInnen sind der Auffassung, dass einerseits die Grenzöffnung für Arbeitsmigration – die ja nunmehr grundsätzlich auch, erstmals seit 1974, offiziell stattfinden darf – über die Hochqualifizierten hinaus auch für andere soziale Schichten der Herkunftsgesellschaften in den Auswanderungsländern erfolgen müsse. So werde der ruinöse Effekt der gezielten Abwanderung der Ausbildungseliten aus Sicht der Herkunftsländer kompensiert. Andererseits müssten für die Hochqualifizierten stabile rechtliche Aufenthaltsbedingungen geschaffen werden, die ihnen genügend Sicherheit geben, damit sie ungehindert zwischen den Herkunfts- und den Aufnahmestaaten hin- und herreisen können. Denn besonders auf diese Weise wird es den „Qualifizierten", die noch zu einem Mindestmaß mit ihren Herkunftsländern verbunden sind, ermöglicht, gleichzeitig in Frankreich oder Europa zu arbeiten und ihren Ursprungsländern nützlich zu werden: Ein kongolesischer Ingenieur könnte sowohl auf französischem Boden seinen erforderlichen Lebensunterhalt verdienen als auch seine Kenntnisse für Infrastrukturprojekte im Kongo einbringen. Iranische ÄrztInnen (deren Auswanderungsquote über 80 % beträgt, die höchste der Welt pro Berufsgruppe und Herkunftsstaat) könnten immerhin, ohne ständig unter den politischen Bedingungen des Iran leben zu müssen, durch Hin- und Herreisen an medizinischen Programmen in ihrem Land teilnehmen usw.

Stattdessen findet das exakte Gegenteil statt: Auch die Hochqualifizierten werden in kurzfristige Aufenthaltsstatuten hineingezwängt, die zwar kurzfristig relativ hochkomfortabel ausfallen, verglichen mit dem Status anderer Ausländer/innen – die Höchstqualifizierten, Inhaber des Aufenthaltstitel „Kompetenzen und Talente", sollen etwa legal, einfach und ohne allzu viel bürokratische Schikanen ihre Familienmitglieder nach Frankreich holen können –, aber nach drei Jahren bzw. mit einmaliger Erneuerung nach sechs Jahren auslaufen. Dies wird dafür sorgen, dass diese Personen sich umso enger an ihren, prekären, Aufenthaltsstatus in Frankreich klammern und dieses Land also nicht für mehrmonatige oder gar -jährige Aufenthalte bspw. in ihrem Herkunftsland verlassen werden. Während der Dauer ihres legalen, aber prekären Aufenthalts werden sie vielmehr alles tun, um in Frankreich zu leben, und also ihren Herkunftsländern nicht oder kaum von Nutzen sein können. Auch wenn die „Entwicklungszusammenarbeit" (le codéveloppement) beständig durch den Minister Hortefeux und die von ihm vorgelegten Gesetzentwürfe beschworen wird. In Wirklichkeit dient diese Formel, und der Hinweis auf die Notwendigkeit, nicht die Herkunftsländer durch die Organisierung einer „Flucht der Gehirne" zu plündern, nur als Rechtfertigung für die Organisierung eines Rotationssystems: Die Arbeitskräfte, auch die qualifizierten, sollen (anders als die „fordistische" Massenarbeitskraft in den 1950er, 60er und frühen 70er Jahren) nicht für eine Niederlassungs- und Lebensperspektive in Frankreich – mitsamt ihren Familien, die allerdings im Falle der früheren Arbeitsmigration der Wirtschaftswunderjahre meist erst nach dem Anwerbestopp von 1974 nachgeholt wurden – angeworben werden. Und da ihre längerfristige Perspektive nicht auf Eingliederung in die französische Gesellschaft gerichtet werden soll, werden sie im Idealfall auch keine gesellschaftlichen Forderungen erheben, sondern sich überwiegend darauf orientieren, in dem ihnen zugestandenen Zeitraum weniger Jahre ihre Arbeit besonders gut zu verrichten.

Französisches Veto gegen „massive Legalisierungswellen"

Brice Hortefeux kündigte zugleich an, nicht nur in Frankreich, sondern auch in allen benachbarten EU-Ländern „massive

Legalisierungsoperationen“ für illegalisierte Immigranten (wie zuletzt in Spanien) in naher Zukunft verhindern zu wollen. „Was ein Staat der Europäischen Union auf diesem Gebiet tut, hat notwendig auch Auswirkungen auf seine Nachbarn“, verkündete Hortefeux. Denn in seiner Logik könnten die in Italien oder Spanien „legalisierten“ Einwanderer dann ja massenhaft nach Frankreich kommen. (Wo sie freilich nach geltendem Gesetz nur dann ein Anrecht auf einen legalen Aufenthaltsstatus haben, wenn sie in ihrem ersten Aufnahmeland in der EU über einen längerfristigen, verfestigten Aufenthaltstitel – ab mindest fünf Jahren Aufenthaltserlaubnis aufwärts – verfügen.) Hortefeux schlug in diesem Zusammenhang vor, unter der im kommenden Jahr anstehenden französischen EU-Ratspräsidentschaft – im zweiten Halbjahr 2008 – einen „Europäischen Zuwanderungspakt“ zu verabschieden. In diesem soll unter anderem eine „Disziplin“ der jeweiligen Mitgliedsländer in Sachen „Legalisierung“ von Migranten, „aufgrund der Auswirkungen auf die Nachbarn“, festlegt werden.

Selbstverständlich kann auch die sonstige Politik Hortefeux’, etwa im Hinblick auf die neuen Bestimmungen zum Arbeitsmarkt und zur Zuwanderung, nur im Kontext der Politikentwicklung auf der Ebene der gesamten EU betrachtert werden. Denn in dieser Hinsicht steht die Politik Sarkozys und Hortefeux’ durchaus im Einklang mit der gesamteuropäischen Politik. Auch wenn ein Spezifikum der derzeitigen französischen Regierung darin besteht, dass sie das Ganze (also das utilitaristische Herangehen an Arbeitsmigration zur Stärkung des jeweiligen nationalen bzw. EU-Standorts) mit einem mächtigen ideologischen Brimborium auf der Tonleiter der „nationalen Identität“ begleitet.

Bernhard Schmid ■

Urteil des französischen Verfassungsgericht zum neuen Ausländergesetz ‚Lex Hortefeux’

Artikel Nr. 1: Entscheidung zum neuen Ausländergesetz

Seine Entscheidung war viel erwartet worden, enthält aber nicht, was viele Beobachter vermutet hatten. Am 15. November fiel die Entscheidung des Conseil Constitutionnel (C.C.), des französischen Verfassungsgerichts, zum neuen Ausländergesetz. Das Gesetzeswerk, das vom neuen Minister „für Immigration und nationale Identität“ Brice Hortefeux ausgearbeitet worden war, wurde am 23. Oktober 2007 definitiv durch die beiden Kammern des französischen Parlaments verabschiedet. Die parlamentarische Opposition hatte daraufhin den C.C. angerufen, um die Verfassungswidrigkeit des Gesetzeswerks erklären zu lassen. (Vgl. http://www.labournet.de/internationales/fr/dnatests4.html)

Wie sich jetzt herausstellt, hat die – überwiegend sozialdemokratische - parlamentarische Opposition zwar erklärt, sie wolle „das gesamte Gesetz“ überprüfen lassen und ggf. zu Fall bringen. Es geht aber aus dem jetzigen Urteil des Verfassungsgerichtshofs hervor, dass nur zwei Artikel des aus 63 Artikeln bestehenden Gesetzeswerks mit juristischen Argumenten angegriffen worden waren, denn in dem Urteil steht: „Die Urheber der Anrufung des C.C. bestreiten die Verfassungsmäßigkeit der Artikel 13 und 63...“ Beim erstgenannten Gesetzesartikel handelt es sich um jenen, der die Durchführung von DNA-Untersuchungen für Visabewerber im Rahmen der Familienzusammenführung erlaubt (Artikel 13). Beim anderen geht es um die Einführung „ethnischer Statistiken“ in die Datenerfassung, die bislang nach französischem Recht nicht zulässig waren (Artikel 63).

Vielfach war vermutet worden, dass der C.C. zumindest die heftig (und bis ins Regierungslager hinein) umstrittenen Gentests zu Fall bringen werde. Dem war aber nicht so. Das Verfassungsgericht macht zwar einige Auslegungsvorbehalte geltend. Es wird das Element der Freiwilligkeit betont, also die Tatsache, dass kein/e Visumsbewerber/in im Rahmen der Familienzusammenführung zur Durchführung des Gentests gezwungen werden könne. (Allerdings kann auch niemand das Konsulat zwingen, ihm oder ihr ein Visum zu erteilen, falls die Person „nicht mitspielt“.) Das Zivilgericht in Nantes, das frankreichweit für alle standesamtlichen Angelegenheiten von Ausländer/inne/n oder im Ausland geborenen Franzosen zuständig ist, soll die Anordnungen bzw. „Angebote“ zum Gentest kontrollieren. Der Verfassungsgerichtshof betont jetzt zusätzlich, dass das französische Konsulat im Ausland zunächst überprüfen müsse, welche standesamtlichen Dokumente der oder die Visumsbewerber/in (oder dessen gesetzlicher Vormund) und Antragsteller/in auf Nachzug zu einem Frankreich lebenden Familienmitglied präsentiert. Gültige standesamtliche Dokumente eines ausländischen Staates müssen akzeptiert werden.

Auch – und diese Präzisierung ist wichtig – verpflichtet das Verfassungsgericht den französischen Staat dazu, solche (nachgewiesenen) Familienverhältnisse, die nach dem Recht des ausländischen Staats gültig sind und dabei keine „Blutsverwandtschaft“ voraussetzen, zu akzeptieren. Beispielsweise muss ein ausländisches Adoptionsurteil aus dem Herkunftsland der betroffenen Familie, das in diesem Staat gültig ist und eine Eltern-Kind-Beziehung ohne „Blutsabstammung“ begründet, von den französischen Visums- und Ausländerbehörden angenommen werden. Voraussetzung allerdings ist, dass der Nachweis auf Papier glückt, und dass es sich um das Ergebnis einer rechtlich geregelten Prozedur handelt. In vielen afrikanischen Ländern (wo die Erziehung der Kinder in der Regel nicht als Privatsache der leiblichen Eltern, sondern als kollektive Angelegenheit der Nachbarschaft, des Dorfes, der erweiterten Verwandtschaft aufgefasst wird) ist es aber in der Praxis üblich, dass Kinder, die von ihren „biologischen“ Eltern aufgegeben sind oder nicht von ihnen versorgt werden können, unter die Obhut anderer Erwachsener genommen werden. Ob Tanten, Onkel, u.U. Nachbarn... Besonders hoch ist die Bedeutung dieser Tatsache bspw. in einem Land wie der Demokratischen Republik Kongo (ex-Zaire), die bis in jüngster Vergangenheit von einem grausamen Bürgerkrieg – bzw. internationalen Krieg, in den die Staaten des halben Kontinents sowie auswärtige (auch westliche) Mächte verwickelt wurde- geschüttelt wurde. In Kongo/Zaire wurden in den letzten zehn Jahren rund 4,5 Millionen Menschen getötet. Man darf deswegen davon ausgehen, dass zahlreiche Kinder bei erwachsenen Personen aufwachsen, die nicht ihre leiblichen Eltern sind, da Letztere oft tot, verstümmelt, verschollen oder „verschwunden“ sind. Aber ebenso kann man annehmen, dass nicht in all diesen Fällen rechtsgültige Adoptionsurteile vorliegen. In solchen Fällen aber wäre es aber für eine betroffene Familie unmöglich, die Zusammenführung mit einem Familienmitglied (Elternteil) zu erreichen, das in Frankreich Zuflucht gefunden hat. Die beiden Kongo-Staaten werden durch die französischen Behörden offiziell zu jenen Ländern gerechnet, deren Standesamtsdokumente „unzuverlässig“ seien. Und falls der Gentest angeordnet wird und die betroffene Person ihn entweder verweigert, oder aber das Ergebnis nicht auf „Blutsverwandtschaft“ lautet, dann dürfte das Visum unerreichbar werden.

„Experimentelle“ schwarze Länderliste

Der Vorbehalt, dass etwa Adoptivurteile aus fremden Staaten akzeptiert werden müssen, ist ein wichtiger Auslegungsvorbehalt des Conseil Constitutionnel. Allerdings erklärt der C.C. gleichzeitig das Herangehen der französischen Regierung für gültig, für bestimmte Staaten pauschal Zweifel an der Gültigkeit oder Echtheit der im Umlauf befindlichen standesamtlichen Dokumente wie etwa Geburtsurkunden anzumelden. Eine Liste solcher Länder, bei denen systematische Zweifel geltend gemacht werden dürfen, wird „auf experimentale Weise“ (um später alljährlich Bilanz zu ziehen, und das Gesetz selbst nach 18 Monaten von jetzt ab zu überprüfen) durch die Regierung und ihre Ministerialbehörden festgelegt werden. Der Verfassungsgericht erklärt dieses Vorhaben für gültig und erblickt keinen Bruch des durch Artikel 1 der Verfassung vorgeschriebenen Grundsatz der „Gleichheit vor dem Gesetz“ – da die französische Verfassung es zulasse, „experimentale Regelungen“ einzuführen, deren Praxiserfolg nach absehbarer Zeit einer Bilanzierung zu unterziehen ist.

Die sozialdemokratischen Antragsteller auf die Überprüfung der Verfassungswidrigkeit dieser neuen Regel erklärten sich jedoch, überraschenderweise, zufrieden. Die konkreten Bedingungen, die die Bestimmung über die Gentests umgeben, sorgten dafür – so ihre Argumentation – dass diese in der Praxis so gut wie nicht Anwendung finden könne.

„Ethnische Statistiken“ (vorläufig?) passé

Hingegen hat das Verfassungsgericht die umstrittenen „ethnischen Statistiken“, also die Durchführung von Datenerhebungen unter Einbeziehung von (anonymisierten) Daten zur Herkunft, „Rasse“ oder Konfession von Personen in der Bezugsgruppe, untersagt. Zu diesem Punkt – dem Artikel 63 des Gesetzeswerks – ist seine Entscheidung kurz und knapp. Es stellt lakonisch fest, dass „die ‚Rasse‘ oder ethnische Zugehörigkeit‘“ der Individuen nicht Gegenstand einer Datenerhebung sein dürften. Ferner konstatiert das französische Verfassungsgericht – etwas ausführlicher -, dass dieser Artikel 63 ohne Bezug zum Rest des Gesetzespakets sei. Tatsächlich hatten zwei konservative Abgeordnete, die Mitglieder der Nationalen Datenschutzkommission CNIL sind (die, im Zuge der Ernennungen von Mitgliedern durch die Regierung, eine zunehmende konservative Wende erfährt und sich der Datensammelwut gegenüber „offener“ zeigt als noch in jüngerer Vergangenheit), diese Bestimmung in allerletzter Minute in das Gesetzeswerk mit hinein flicken lassen. Es ging hier offenkundig darum, von der Gelegenheit der Annahme des neuen Ausländergesetzes zu profitieren, um auch zu diesem Thema der Datenerhebung zu Herkunft oder Konfession neue Pflöcke einzuschlagen. Das Thema dürfte damit möglicherweise nicht vom Tisch sei, und es wird fraglich sein, wie es aussieht, falls es je zum Gegenstand einer eigenständigen gesetzlichen Regelung erhoben wird.

Mörderisches Finale

Die Verbrechen des NS-Regimes im Frühjahr 1945. Von Ulrich Sander. Herausgegeben vom Internationalen Rombergparkkomitee

Kurz vor der Befreiung von Krieg und Faschismus wurden im Frühjahr 1945 Tausende Nazigegner „ausgeschaltet“ und ermordet. Während seit Monaten zahlreiche geheime Bemühungen von Nazioberen um eine Wende des Krieges – eine Wende zu einer Einigung mit dem Westen zur Fortsetzung des Krieges gegen den Osten - unternommen wurden, ist gleichzeitig ein Mordfeldzug gegen deutsche und ausländische Antifaschisten und gegen deutsche Soldaten, die dem Wahnsinn ein Ende bereiten wollten, in Gang gesetzt worden. So sollte ihr Mitgestalten an einer grundlegenden Wende und an einer Nachkriegszeit ohne Nazis und Militaristen verhindert werden. Mit einem großen Knall wollten sich die NS-Verbrecher verabschieden. Viele haben sich nicht verabschiedet, aber sie beteiligten sich am Knall. SS, Gestapo, aber auch einfache NSDAP-Mitglieder und Volkssturmmänner wie auch Hitlerjungen beteiligten sich an den Massakern im Ruhrkessel, den Erschießungen in vielen Städten und Dörfern, dem Mord an Gefangenen auf Todesmärschen, den Standgerichten gegen Deserteure. Die Täter tauchten zumeist unter, viele machten Nachkriegskarrieren.

Die Kriegsendphasenverbrechen waren sowohl örtliche Amokläufe als auch geplanter Massenmord im Rahmen der Überlebensstrategie des deutschen Faschismus. Erstmals haben sich die Hinterbliebenen solcher Verbrechen von den verschiedensten Tatorten getroffen, um das Ausmaß des Verbrechens zu bilanzieren und die Opfer dem Vergessen zu entreißen, aber auch die Täter zu benennen. Ihre Berichte werden hiermit vorgelegt. Es entstand erstmals eine – wenn auch unvollständige – Gesamtdarstellung der Vorgänge in jener Zeit.

Ulrich Sander, geb. 1941 in Hamburg, ist Journalist und Autor. Der Bundessprecher der VVN-BdA hat bei papyrossa veröffentlicht: „Die Macht im Hintergrund – Militär und Politik in Deutschland.“ In das neue Buch hat er zahlreiche bisher unveröffentlichte Beiträge von Geschichtswerkstätten und VVN-Gruppen eingearbeitet. Damit liegt nach „Mord im Rombergpark“ wieder der Tatsachenbericht über die Kriegsendverbrechen vor – diesmal erweitert um die reichsweite Darstellung.

Das Buch erscheint Anfang Februar 2008 bei papyrossa, Köln – ca. 160 Seiten – EURO 12,90 – Vorverkaufspreis EURO 10,- Wir rufen auf zur Vorbestellung und zu Spenden, um dieses Projekt zu sichern. Bestellen bei Internationales Rombergparkkomitee, Gisa Marschefski, Caesariusstr. 3, 44309 Dortmund. Einzahlungen erwünscht bei Kto. 1009258500 bei der SEB AG BLZ 44010111. E Mail Verbindung: vvn-bdanrw@freenet.de

13. Antifaschistischen Jugendtreffen der VVN-BdA

am 12. Januar 2008, Berlin, STATTHAUS Böcklerpark, Prinzenstraße 1.

Am 12. Januar 2008 findet das 13. Antifaschistische Jugendtreffen der VVN-BdA unter dem Motto statt:

Keine Lust? auf Überwachung!
Für Freiheit. Für Leben.

„Die Gedanken sind frei...“ Von wegen! Nach den Vorstellungen der Bundesregierung soll ab 2008 über Monate hinweg gespeichert werden, wer mit wem per Telefon, Handy oder E-mail in Verbindung gestanden hat. Erstmals sollen ohne jeden Verdacht einer Straftat, sensible Informationen über die sozialen Beziehungen, die Bewegungen und die individuellen Lebenssituation (z .B. Kontakte zu Rechtsanwälten, Ärzten, Journalisten usw.) von über 80 Millionen BundesbürgerInnen gesammelt werden, (sog. Vorratsdatenspeicherung).

Einmal ins Visier staatlicher Überwachungsorgane geraten, (ob auf Demos, Gegen alte und neue Faschisten, gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr in Afghanistan oder bei Veranstaltungen zum G 8-Gipfeltreffen und sei es auch nur zufällig, besteht demnach Datenschutz für nichts und niemanden mehr. Staatlicher Willkür und Repression sind somit Tür und Tor geöffnet.

„Einem Präventionsstaat in permanentem Ausnahmezustand, in dem Rechtsgehalt und Vertrauen verloren gehen, in dem Angst und Endsolidarisierung gedeihen, sollte sich eine breite Oppositionsbewegung mit Phantasie und Macht entgegenstellen“ (Rolf Gössner).

Rund um diese Thematik finden bei unserem Jugendtreffen Arbeitsgruppen mit namhaften ReferentInnen statt,

- u.a. mit dem Wissenschaftler aus Afghanistan, Matin Baraki zu : „Wessen Freiheit wird am Hindukusch verteidigt-Bundeswehr raus aus Afghanistan“
- dem Chaos Computer Club aus Hamburg (CCC) zu: „Online Überwachung -NEIN DANKE! Dem Schäuble auf die Finger haun!

Eröffnung: Prof. Dr. Heinrich Fink, Vorsitzender VVN-BdA & Sahra Wagenknecht, MdEP (Menschenrechte in Europa).

Inhalte und Diskussionsergebnisse aus den Arbeitsgruppen können von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der AG’s anschließend in die Podiumsdiskussion eingebracht werden.

- DiskussionsteilnehmerInnen: Ulla Jelpke, MdB (zugesagt); Ulrich Sander, Journalist und VVN-BdA Bundessprecher (zugesagt); Prof. Dr. Wolfgang Richter, Vorsitzender GBM (angefragt); Gabriele Heinicke, RA (angefragt); Dr. Max Stadler, MdB (angefragt) ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg– Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

JF baut Internet aus

Junge Freiheit, Nr. 47, 16.11.2007

Das Blatt baut seinen Internetauftritt aus. „Die neugestaltete Netzseite bietet den JF-Lesern erstmals die Möglichkeit, zeitnah über aktuelle Ereignisse zu diskutieren. Daneben erhält der runderneuerte Internetauftritt viele zusätzliche Angebote bereit: Ob faktenreiche Dossiers, informative Newsletter oder die Rubrik Blick nach Links – die Junge Freiheit schlägt ein neues Kapitel auf.“ Mit dem Ausbau des Internetportals werden sich die Antifaschistischen Nachrichten in der nächsten Ausgabe befassen – in der Rubrik „Blick nach Links“ will das Blatt „die wachsende Bedrohung durch den Extremismus von links“ beobachten und dokumentieren.

Für Verstaatlichung der Stromnetze?

Junge Freiheit, Nr. 47, 16.11.2007

Das Blatt sinniert über die Monopolstellung der Energiekonzerne und die betrachtet die Kritik an den Preissteigerungen im Wesentlichen als Wahlkampfgetümmel, die nach den Landtagswahlen verstummen wird.

Zu den Vorschlägen der EU-Kommissarin Neelie Kroes kommentiert Jens Jessen: „Weil die Energieanbieter sowohl das Stromleitungsnetz besitzen, auf der ihr Produkt zum Verbraucher befördert wird und sie gleichzeitig über ein Gebietsmonopol verfügen, bleibt wohl nichts anderes übrig, als die Netze zu verstaatlichen. Ein Verkauf an private Betreiber wäre aber sicher ebenso der falsche Weg wie eine Privatisierung der Autobahnen. Die Verstaatlichung würde dem Staat neben dem Nutzungsentgelt auch Steuerungsmöglichkeiten an die Hand geben, die einen Preiswettbewerb in Gang brächten – und das ohne verlogenen Populismus.“

JF empört über SPD-Parteitag

Junge Freiheit, Nr. 48, 23.11.2007

Der SPD-Parteitag hat u. a. einen Antrag gegen Rechtsextremismus befasst. Dieser Beschluss enthält neben der Forderung nach einem Verbot der NPD auch folgende Passage: „Gleichzeitig ächten wir eventuell vorhandene Kontakte zwischen SPD-Mitgliedern zu zweifelhaften rechten Gruppierungen und Initiativen sowie zu rechten Presseorganen wie der Jungen Freiheit.“ Dies kommentiert Herausgeber Dieter Stein: „Betrieben wird diese stupide ‚Kampf gegen Rechts'-Politik von SPD-Linksaußen, die strategisch auf eine Allianz zwischen Linkspartei und SPD hinarbeiten.“ Der Gegenzug des Blattes: Es hat eine Broschüre herausgebracht, die sich mit dem baden-württembergischen Landtagsabgeordneten der SPD, Stephan Braun, befasst und nachweisen soll, „wie tief Braun höchstselbst in linksextreme Verbindungen verstrickt ist.“

Olaf Henkel fürchtet um die Nation

Junge Freiheit, Nr. 48, 23.11.2007

Für das große Interview konnte das Blatt den ehemaligen Vorsitzenden des BDI, Olaf Henkel, gewinnen. Der stellt sein neues Buch „Der Kampf um die Mitte“ vor, in dem er einen Linksruck in der Bundesrepublik konstatiert, der weit bis in die Reihen der CDU gehe. Ohne Not erklärt er im Interview mit dem Blatt: „Kein anderes Volk hat uns so sehr mit der Nazi-Vergangenheit zugesetzt wie wir selbst. Durch die staatliche Kultivierung der Holocaust-Erinnerung hat man den Deutschen die Nation vermiesen wollen, die angeblich dafür verantwortlich ist.“ Wer „man“ ist, unterschlägt Henkel. Dass Nationalismus eine Ursache dafür war, dass das NS-Regime in Europa schalten und walten konnte, ohne eine interne Einmischung der Bevölkerung zu provozieren, leugnet er. *uld* ■

Die Aula für Holocaustleugner

Österreich. Seit einiger Zeit nähert sich die „Aula“ immer mehr dem äußersten rechten Rand des Rechtsextremismus an. Jüngstes Beispiel: „Schriftleiter“ Martin Pfeiffers hymnische Besprechung von David Irvings Bekenntnisbüchlein „Meine Gefängnisse“. Der britische Neonazi und Holocaustleugner gerät Pfeiffer zum „renommierten [...] Historiker“ und das Verbotsgesetz zum „Relikt aus dunkelster Besatzungszeit, das als Instrument zur Niederhaltung unliebsamer Meinungen missbraucht wird“. Irving habe nicht nur das Leben in österreichischer Haft eindringlich dargestellt, sondern auch eine „Hommage“ an den „Verbotsgesetzspezialisten Herbert Schaller“ abgeliefert. Der Neonazi-Verteidiger sei eine „Ausnahmepersönlichkeit, die in wenigen Monaten auf ihr 60jähriges Rechtsanwaltsjubiläum zurückblicken“ könne. Tatsächlich ist Schaller bereits seit 1995 kein Anwalt mehr. Auch ließe sich darüber streiten, ob der unlängst von Spanien ausgelieferte Neonazi Gerd Honsik ein „Dichter und Dissident[en]“ ist. (Die Aula 10/2007, S. 41)

In einem Bericht über den umstrittenen „Turmkommers“ deutscher Burschenschafter in Linz wird aus der Rede des ehemaligen FPÖ-Landesobmannes Hans Achatz (aB! Libertas, Wien) zitiert. Auch er sieht in der polizeilichen und juristischen Verfolgung von Neonazis und Holocaustleugnern eine „zunehmende Einschränkung der Meinungsfreiheit“: „Das geht im Falle der öffentlichen Bekundung abweichender Geschichtsbilder bis zum Strafprozess. Es ist ein Armutszeugnis für die Demokratie, den Glauben an mehr als 60 Jahre zurückliegende Verbrechen vorzuschreiben, indem der daran geäußerte Unglaube unter Strafe gestellt wird.“ (Ebenda, S. 32)

Neues von ganz Rechts Nov. 2007
www.doew.at ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro
O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507

Spendenkampagne

Bis zum 26.11. wurden bereits

640,– Euro

gespendet. Vielen Dank!

Spendenkonto: GNN-Verlag, Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kto.Nr. 10419507